

Bezugspreis: Für die erste Hälfte August 5000 M. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Annoncenzeile kostet 30000 M. ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 9. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Finanzreform im Reichstag.

„Jedes Opfer bringen“ — sagt Cuno!

„Cuno ist von den Kommunisten gerettet worden.“ So oder ähnlich konnte man es gestern in allen Ecken der Wandelhalle hören...

Die kommunistischen Lobsuchtszenen wirkten überaus widerlich, weil niemand an ihre Echtheit glaubte.

Der Mann, der gestern Blatt auf Blatt einer wohlauferlegten Regierungserklärung stotternd und erregt verlas, ist nicht geeignet, Gegenstand eines leidenschaftlichen Hasses zu sein.

Inwiefern diese Kritik, die bekanntlich auch in der bürgerlichen Presse sehr scharf geübt wurde, in der heutigen Debatte ihr Echo finden wird, muß abgewartet werden.

Der katastrophale Zustand, in dem sich unsere Wirtschaft befindet, das Schreckbild des unaufhaltsam in phantastische Höhen hinaufschreitenden Dollars hat die bürgerlichen Parteien und die Regierung in eine Stimmung veretzt...

Geschäftsordnungsmäßig steht die Sache so, daß Steuerparagrafen zur Beratung stehen, die nach der Debatte ohne besonderen Beschluß in den Ausschuss gelangen.

Politisch bleibt von der gestrigen Reichstagsitzung der Eindruck, daß eine unmittelbare Regierungskrise zwar wahrscheinlich nicht bevorsteht...

Buchdruckerstreik in Sicht.

Die Funktionäre der Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben gestern abend beschlossen, am Freitag früh in den Streik zu treten.

Aufgaben vorzubereiten, vor deren Lösung sie der nächste Regierungswechsel stellen wird.

Nach der Plenarsitzung des Reichstages fand eine Besprechung des Reichsfinanzministers Hermes mit Vertretern aller Parteien über den Inhalt der neuen Steuerentwürfe statt.

In der sich daran anschließenden Aussprache wiesen die sozialdemokratischen Vertreter auf den entscheidenden Gesichtspunkt hin, daß die Steuernachnahmen so ausreichend sein müssen, daß sie die Rentenpresse zum Stillstand bringen.

Die bürgerlichen Redner anerkannten ohne Ausnahme die Notwendigkeit der gemäßigten Anspannung der Steuermaschine.

Unter dem Druck der erschreckenden Notlage des Reiches hat sich also auch die Stimmung der bürgerlichen Parteien geändert, die durch ihre kurzfristige Politik ungeheuer viel zu dem Steuerchaos und der Währungszerüttung beigetragen haben.

Der Kleinstenrat des Reichstages hat, wie wir schon im größten Teil unserer Abendausgabe mitteilten, beschlossen, nach der Rede des Finanzministers Dr. Hermes die sämtlichen Steuerentwürfe an den Ausschuss zu überweisen.

Der Reichstag trat gestern nachmittags um 3 Uhr zusammen. Am Regierungstisch hatten Reichskanzler Dr. Cuno, Innenminister Deser, Wirtschaftsminister Dr. Becker, Außenminister von Rosenberg, Finanzminister Dr. Hermes, Arbeitsminister Dr. Brauns und Wehrminister Dr. Gessler Platz genommen.

Präsident Löbe

eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten und hebt hervor, daß, wie zu befürchten war, die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes einen baldigen Wiederausbruch des Reichsnotstandes notwendig gemacht haben.

Das Wort erhält darauf Reichskanzler Dr. Cuno, der zunächst von den Kommunisten am Sprechen verhindert wird durch Rufe: Der Ausschussrat der Stinnes und Konsorten hat das Wort! Schwindler! Betrüger! Abtreten!

Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß er bei weiterer Nichtbefolgung seiner Mahnung eine gründliche Verlesung der Ordnung des Hauses als vorliegend ansehen und die Ausweisung der betreffenden Abgeordneten vornehmen werde.

Reichskanzler Cuno

beginnt dann seine Rede: In wenigen Tagen, an dem Tage, an dem sich vor vier Jahren das deutsche Volk aus eigenem Recht und Willen neu die Form seines Gemeinschaftslebens im deutschen Freistaat gab, vollendete sich der 7. Monat seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet.

Entrüstung und innere Empörung, Betrachung der Einwohner und aller wahren Deutschen. Um ein „produktives Land“ zu bekommen und die nach dem Verträge von Versailles fälligen Lieferungen von Kohle und Koks unabhängig vom Willen Deutschlands zu sichern...

Deutschland durch Störung seiner politischen und wirtschaftlichen Ordnung Angelegenheiten zu bereiten und es damit gefügig zu machen. So sieht heute der Kampf, unter dem das ganze Gefüge der Welt...

wirtschaft, hohe wirtschaftliche, politische und ideale Interessen fast aller Staaten, unter dem am tiefsten und schmerzhaftesten das deutsche Volk leidet.

Mit Spannung verfolgt daher das deutsche Volk die Bemühungen, die an verschiedenen Stellen der Welt im Gange sind, um eine Lösung der Krise zu finden. Die Führung bei dieser Arbeit, die, wie wir wissen, in Rom Antrieb und weise Förderung erfahren hat, liegt seit jener Rede Lord Curzons im Oberhaus vom 20. April in englischen Händen. Den letzten Akt stellen die Verhandlungen im englischen Parlament vom 2. August dar. Deutschland hat bei dieser Gelegenheit erfahren, was England seinen Alliierten als eine der deutschen Regierung gemeinsam zu erteilende Antwort auf unser Memorandum vom 7. Juni vorgeschlagen hat. Die Grundlagen, auf denen sich die England vorschwebende Lösung aufbaut, sind für Deutschland wahrhaftig nicht erfreulich. Es findet sich darin manches Ansinnen, das uns unmöglich scheint, soweit sich ohne Kenntnis der Begleitdokumente ein Urteil bilden läßt. In dem Bestreben, das gute Einvernehmen mit den Westmächten von gestern aufrechtzuerhalten, ist England in seinen Zugeständnissen an den französischen Standpunkt außerordentlich weit gegangen. Aber es ist nicht unsere Sache, uns darüber zu verbrennen, was England für sein Interesse hält. Und wir wissen uns von der Arbeit frei, Sympathien für Deutschland zu vermuten, wo keine vorhanden sind. Ob und welchen Fortgang die englische Aktion nehmen wird, vermag ich nicht zu sagen. In dem Augenblick, wo neue englische Veröffentlichungen besprochen und Meldungen über einen angeblich geplanten neuen englischen Schritt umlaufen, wäre es zwecklos und gefährlich, sich über Einzelheiten der bisherigen englischen Aktion zu verbreiten oder Kombinationen für die Zukunft anzustellen.

**Ziel nicht eins, daß für große Hoffnungen kein Anlaß vorliegt.**

(Sehr richtig! in der Mitte), aber so sehr wir uns von Illusionen frei wissen, so kann uns doch der Glaube nicht genommen werden, daß die wirtschaftliche Vernunft und der Sinn für Gerechtigkeit sich schließlich auch im Ausland durchsetzen werden. Von der politischen Erkenntnis bis zur politischen Tat ist ein weiter Weg, und niemand wird es uns verübeln, wenn uns die Langsamkeit, mit der dieser Weg gegangen wird, mit Sorge erfüllt. (Sehr wahr! rechts.) Auch heute müssen wir uns auf eine lange Dauer der Leidenszeit gefaßt machen und einrichten. Nichts liegt mir ferner, als den guten Glauben an Wunder zu predigen. Wir dürfen nicht an Wunder, sondern müssen an uns selbst glauben (Sehr wahr! in der Mitte), und wir müssen diesen Glauben nicht durch fatalistische Ergebung, sondern in entschlossenem Handeln betätigen. (Bravo! rechts.) In diesem Sinne kann auch ich mir die Forderung nach Aktivität nur aus weisser Überzeugung zu eigen machen. Worin soll diese Aktivität bestehen? Man spricht von Verhandlungen mit Frankreich. Ich halte den Gedanken für falsch und werde dies begründen. Aber zuvor sei es mir gestattet, eine Bitte an das hohe Haus, an alle Parteien zu richten. Ein Gedanke kann irrig sein und er braucht deshalb doch nicht aus schlechter Gesinnung zu erwachsen. (Sehr richtig!) Jeder hat das Recht, eine eigene Meinung zu haben und die Auffassung des politischen Gegners zu bekämpfen, aber dieser Kampf soll mit Argumenten und nicht mit Anzweiflung der Gesinnung oder der Motive ausgefochten werden. (Sehr wahr! auf verschiedenen Bänken.) Persönliche Berührungsimpulse des Gegners dürfen nicht der eigenen Sache, sondern Schaden ihr. Nicht in der Anzweiflung der Staatsgesinnung des Nächsten, sondern in der Betätigung der eigenen Staatsgesinnung wollen wir wetteifern. (Zurufe von der äußersten Linken.)

**Und nun zur Frage der Verständigung mit Frankreich!**

Wo in der Welt kann noch ein Zweifel darüber herrschen, daß Deutschland eine ehrliche, beiden Teilen gerecht werdende Verständigung mit dem westlichen Nachbar wünscht? Die vier Jahre nach dem Friedensschluß stellen eine ununterbrochene Kette solcher Verständigungsversuche dar, die von den deutschen Regierungen verschiedenster Färbung mit den verschiedensten Mitteln unternommen worden und immer wieder gescheitert sind. Als Mitte November die Vorgängerin der gegenwärtigen Reichsregierung sich gezwungen gesehen hatte, die Unmöglichkeit der Fortsetzung der deutschen Leistungen in dem bisherigen Tempo zu erklären, und um ein Wortortum zu bitten, trat das jetzige Kabinett sein schweres Amt an. (Zurufe von der äußersten Linken.) In den sieben Wochen zwischen dem Amtsantritt und dem Einbruch ins Ruhrgebiet, der die französische Antwort auf unser Memorandum war, erfolgten vier Versuche, die in diesem hohen Hause bekannt sind. Nach dem Einmarsch in das Ruhrgebiet benutzte die deutsche Regierung jede Gelegenheit, um festzustellen, daß Deutschland bereit ist, bis an die Grenze des Möglichen zu leisten, zu zahlen und Garantien zu geben. Die Welt weiß auch, daß wir bereit waren, den französischen Prestigebedürfnissen Rechnung zu tragen, wenn

Frankreich darauf verzichtete, uns Demütigungen nur um der Demütigung willen auszuüben. (Hört, hört! links.)

**Aber was wir nicht können und was wir nicht wollen, ist, deutsches Land preiszugeben und deutsche Volksgenossen zu verraten!**

Nicht im Mittelpunkt, aber im Vordergrund der französischen Forderungen steht das Verlangen nach Beseitigung des passiven Widerstandes. Bevor Frankreich sich überhaupt auf eine Unterhaltung einläßt, bevor es sagt, was es will, soll die deutsche Regierung der Bevölkerung im Ruhrgebiet und am Rhein zumuten, ihre einzige Waffe auf Gnade und Ungnade niederzulegen. Dies ist eine Forderung, auf die die Reichsregierung, auf die keine deutsche Regierung eingehen kann. (Lebhafte Beifall.) Und selbst wenn eine deutsche Regierung den Versuch machen wollte, was würde sie erreichen? Hinter der einen Unmöglichkeit würde alsbald die unendliche Kette anderer Unmöglichkeiten aufstehen, die die französische Politik wie Mauern über den Weg der Verständigung zieht. (Sehr richtig!) Wir würden die deutsche Bevölkerung weder vor der systematischen Ausbeutung durch Schergen des französischen Großkapitals bewahren (Abg. Frölich: Stimmes ist nicht besser, Hochverräter!), noch die Rückkehr der Vertriebenen und die Freigabe der Verhafteten sicherstellen. Wir würden weder die Räumung des Ruhrgebiets in einer auch nur annähernd absehbaren Frist, noch die Rückkehr zu vertragsmäßigen Zuständen im Rheinland erreichen.

Mit der völligen und bedingungslosen Unterwerfung, die Frankreich fordert, würden wir lediglich erkaufen, daß uns wiederum ein Dokument zur Unterschrift vorgelegt wird, das uns unmöglich und von der gesamten Welt als anständig erkannte Leistungen auferlegt.

Das Ruhrgebiet soll erst frei werden, nachdem der letzte Pfennig unmöglicher Leistungen abgetragen ist. Eine Verringerung des Charakters der Belegung soll eintreten, wenn und insoweit es dem militärischen Oberbefehlshaber gut dünkt. Die Entrechtung des Rheinlandes soll andauern. Wir sollen Zahlungen leisten, die in sich unmöglich sind, während uns das wichtigste Instrument zur Erarbeitung der Werte, das Ruhrgebiet, genommen bleibt. Wir sollen unter dieser unmöglichen Zahlungen, so sagt die französische Antwort auf den englischen Vorschlag, unseren Kredit wiederherstellen, unsere Währung stabilisieren, unser Budget ins Gleichgewicht bringen, während Frankreich bewußt und erklärtermaßen mit der Ruhraktion dafür gesorgt hat, daß Deutschlands gesamte wirtschaftliche und politische Organisation in Verwirrung und aus dem Fugen gebracht ist. (Sehr wahr!) Deutschland soll niederknien, aber zahlen, und wenn es infolge des Niedrerknien nicht zahlt, soll es neuer Verfehlung angeklagt und neuen Verfolgungen ausgesetzt werden, bis das Werk der Vernichtung vollendet ist. Aber dieser Prozeß der Vernichtung, dem die Welt wie gelähmt zuseht, soll sich im Namen der Gerechtigkeit und in wohlwollenden Formen vollziehen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Frankreich braucht dazu eine neue Unterschrift, die Deutschland als neuen Klotz am Bein durch die Jahrzehnte mit sich schleppen soll.

Geben wir uns darum auch darüber keinen Illusionen hin, daß eine Unterwerfung unter den unbarmherzigen Starrsinn der französischen Regierung mit einem Dokumente besiegelt werden würde, das mit peinlichster Gewissenhaftigkeit und ausgefädeltem Uboofatenwitz alles zusammenträgt und nachholt, was nach französischer Auffassung der Vertrag von Versailles versäumt hat.

(Sehr wahr!), einem Dokument, das schlimmer sein würde, als jener Vertrag, der wie ein Fisch auf den Völkern Europas lastet. (Sehr wahr! in der Mitte und rechts.) Nur selten ist es bei einer politischen Diagnose möglich, mit Beweisen aufzuwarten. Im vorliegenden Falle ist der Beweis dafür vorhanden, daß ich nicht zu schwarz male. Der englische Entwurf für die Antwort an Deutschland läßt nur, daß die deutsche Regierung die Verordnungen und Befehle, die den passiven Widerstand nicht, wie es in dem Entwurf heißt, organisiert, sondern eingedämmt und in ein ruhiges Bett geleitet haben, daß die deutsche Regierung diese Verordnungen zurückziehen und dadurch den bestehenden Mächten die Möglichkeit verschaffen solle, das Regime der Okkupation zu ändern und das besetzte Gebiet dem normalen wirtschaftlichen Leben zurückzugeben. Auch diesem Vorschlag, der die deutsche These dem französischen Standpunkt fast restlos opfert, hat der Herrscher und Verderber Europas abgelehnt. (Lebhafte Hört! hört!) Scheiden also für diese Regierung, wie mir überzeugt sind, für das deutsche Volk praktische Möglichkeiten für die Herbeiführung der von uns gewünschten, aber von Paris abgelehnten Verständigung mit Frankreich aus und zeigt sich am Horizont kein Licht, das schnelle Hilfe ankündigt, so heißt es für uns, mit allen Mitteln elerner Entschlossenheit uns am Leben zu erhalten und dafür jedes, aber auch jedes Opfer zu bringen. (Stürmischer Beifall. Unterbrechungen auf der äußersten Linken.)

Dabei sind wir ganz und ausschließlich auf uns angewiesen. Wir stehen allein und müssen und werden uns selbst helfen. (Beifall.)

Darum gilt es, den gewaltlosen passiven Widerstand, frei von sinnlosen Gewalttaten und frei von verbrecherischen Anschlägen, die Gewalttat und Terror auch gegen die Bevölkerung des besetzten Gebietes selbst zur Folge haben (erneute Unterbrechungen bei den Kommunisten), mit aller Kraft fortzuführen und die Bevölkerung, die ihn aus eigenem Entschluß leistet, im nichtbesetzten Gebiet mit höchster Aktivität zu stützen. (Lebhafte Zustimmung.) Ob sich ein Weg zu Verhandlungen alsbald eröffnet, ob nicht, in jedem Falle ist es notwendig, daß wir alles tun, uns selbst zu helfen und der Welt den Beweis dieses Willens zu geben. Das gilt vor allem auf finanzpolitischem Gebiete.

**Der Zerfall der deutschen Währung**

Ist das schlimmste, was uns betroffen hat. Wir haben ihn nach Kräften und Mitteln aufzuhalten gesucht und so wenigstens zeitweise Beruhigung schaffen können. Der Zerfall (Zuruf bei den Kommunisten: Den Sie auf dem Gewissen haben!) hat in den letzten Tagen einen Umfang angenommen, der tiefste Sorge und — ich verhehle es nicht — Verbitterung weckt. Wir stehen vor der Gefahr, von Auslandszufuhr, soweit nicht der Käufer selbst Devisen aus dem Umlauf erhält, wie durch eine Valutablockade abgelehnt zu werden. Im Inland tut sich eine Währungsflucht auf, die uns vor schwere Gefahren stellt. Darum ist die Regierung und sind Sie — denken Sie sich sicher — mit uns entschlossen, alles zu tun, um diesem Zerfall Einhalt zu tun und im wirtschaftlichen Vorgehen der breiten Kreise unseres Volkes Ausgleich zu schaffen. Die Vorkämpfer der letzten Tage werden auch Ruhrbedenkende fragen lassen, ob wir noch Zeit dazu haben. (Unruhe bei den Kommunisten. Zurufe: Bankrotteufel! Gegenrufe rechts. Präsident Lössle bittet die kommunistischen Zurufer, der Welt das Beispiel parlamentarischer Zurückhaltung zu ersparen. Fortdauernde stürmische Unterbrechungen bei den Kommunisten.)

Sicher ist, daß sie kurz ist. Desto rascher müssen wir arbeiten. (Sehr richtig.) Lassen Sie mich deshalb mit einem Wort gerade auf diese Vorgänge eingehen. Daß der Einheitskurs des Dollars auf die Dauer nicht zu halten war, darüber waren alle Wirtschaftsverständigen, wozu sie auch gehören, aus Bank und Börse, Handel und Industrie, Wissenschaft und Genossenschaften, sich einig, wie überhaupt jeder Zwangseingriff in den Devisenverkehr auf die Dauer verfallen muß, weil er sich nur auf deutsche Börsenplätze beschränken kann, während die Mark in der ganzen Welt gehandelt wird. Seiner Aufhebung folgte ein neuer ungeheurer Sprung des Dollars. Dabei wirkte zweifellos mit, daß noch zahlreiche Aufträge vorliegen, die, um gegenüber den Reparationen zum bisherigen Inlandspreis berücksichtigt zu werden, weit über den Bedarf hinaus erhöht worden waren. (Hört, hört! links.) Wir werden daher mit einem abschließenden Urteil noch eine kurze Frist warten müssen. Ueber das, was dann geschehen kann, in dieser Stunde zu sprechen, wäre nicht nützlich. Nur das kann ich sagen: Rücksichten auf irgendeinen Stand und Lebensbedürfnisse einzelner, auch großer Wirtschaftskreise, schrecken mich nicht im geringsten in einer Zeit, in der so viele unseres alten Mittelstandes zugrunde gingen. Standesforderungen spielen keine Rolle, so wenig wie theoretische Erwägungen. Aber freilich, auf dem Boden der Wirklichkeit des Wirtschaftslebens, auf dem Boden der wirtschaftlichen Denkgesetze und in den Grenzen des für die Staatsmacht Durchsetzbaren muß ich bleiben. (Zurufe der äußersten Linken.) Innerhalb dieser Grenzen aber kenne ich nur ein Gebot, das Wohl des gesamten Volkes, und nur einen Bräutigam, die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit für dieses Gesamtwohl. (Erneute Zurufe links, Gegenrufe rechts.)

**Aber was auch geschehen mag, Zwangsmassnahmen können nur auf kurze Zeit hemmen, sie können nicht helfen.**

Solange weite Schichten unseres Volkes unheimbar von der Sucht nach dem Dollar beherrscht sind, ist grundsätzliche Besserung nicht zu erwarten. Wer Devisen spekulativ kauft oder zurückhält, handelt vaterlandsverräterisch und trägt die schwere Schuld der Verantwortung. (Lebhafte Zustimmung.) Endgültige Heilung unserer Finanzen und Währung ist freilich überhaupt erst möglich, wenn unsere außenpolitische Lage geklärt und die Reparationsfrage in erträglichem Sinne geregelt ist. (Sehr wahr!) Das haben mir ausländische Sachverständige, das haben mir selbst unsere Gläubigerstaaten bescheinigt. Nach den Erfahrungen dieser Zeit aber haben wir kein Recht mehr, eine Zwischenlösung länger aufzuschieben, um der Inflation und dem Verfall der Mark Einhalt zu tun.

**Das Programm.**

das ich Ihnen dafür zu entwickeln habe, steht drei Maßnahmen vor; zum ersten die Schaffung einer wertbeständigen inneren Anleihe, zum anderen neue wertbeständige Steuergesetze, zum dritten Maßnahmen zur Förderung unserer Wirtschaft. Um die Anleihe zu beschaffen, die infolge der Markentwertung aus der Unsicherheit der Anleihe und Preisbildung sich ergibt, habe ich es für meine dringende Pflicht gehalten, mich mit aller Kraft für eine ertragsreiche, mit

## Sächsische Spießer in Bayern.

Von Albin Michel, zurzeit im Fichtelgebirge.

Bayern wird zurzeit von Spießern allerart aus dem ehemaligen Goenigreich Sachsen heimgesucht. In ganzen Schwärmen durchziehen sie die Städtchen und Dörfer, hocken sie in den Rietschhäusern. Solange sie nicht „bolitistieren“, mag es noch angehen, leider treiben diese Spießer aber fast immer „Bolitt“. Deshalb werden sie zur Landplage. Der schattigste Rietschhausgarten kann einem zum Ort der Qual werden, wenn links und rechts, vorn und hinten sächsische Spießer ihre politische Weisheit ansprechen. Den extremsten Ausbruch politischer Spießerei konnte ich mir jüngst in einem nordbayerischen Dörfchen anhören. Ein Kartonnagenfabrikant aus Leipzig führte das Wort: „Meine härrn“, so hab keine Rede an, „Bayern is es gewäsn“, das zürcht die Republik erklärt hat, Bayern muß auch zürcht das Goenigtum wieder einführ'n. Meine härrn, ich gann Ihnen sagen, mir in Sowjessachsen, mir war'n bloß drauf, wenn bei Ihnen das Goenigtum wieder da is, ham mir's auch gleich wieder, da gib's keen Gefisse nich, ja mir ham's fait in Sachsen mit de Roten.“ So ging das Geschwafel noch eine lange Zeit weiter.

Eine diese Frauensperon aus Gemnitz, die sich zunächst damit beschäftigt hatte, mit dem Messer ungeheure Portionen ins fettige Maul zu schieben, fing nun auch an zu sprechen. „Ja, bei uns in Sachsen, da is es jezt so, daß man sich jeden Tag wundern muß, daß man überhaupt noch läßt, daß een die Roten noch nich abgemurkft ham, ja so is es jezt in Sachsen.“ „Ja“, meinte ein anderer Spießer, „in Sowjessachsen hat oben n anständiger Mensch überhaupt nichts mehr zu sag'n, je weniger einer hat, desto mehr ist er oben drauf — mir soll'n Ministerfrauen ham, die mußten früher wach'n geh'n.“ Schon glaubte ich das Furchtbarste überstanden zu haben, doch es kam noch schrecklicher. Der Kartonnagenfabrikant aus der Fleißstadt kam mit einem Befreiungsplan gegen die Franzosen herausgerückt.

Selbst auf die Gefahr hin, wegen Landesverrats eingesperrt zu werden, will ich den Plan hier wiedergeben. Eine bayerische Armee rückt in Frankreich ein und zerstört alles, was ihr in den Weg kommt. Dadurch würde die französische Armee aus dem Ruhrgebiet hinweggezogen und zugleich wird das gesamte Volk in Deutschland aufstehen, wenigstens alle anständigen Menschen werden das tun. Dann sind wir die Franzosen los — und die Roten mit. Zunächst glaubte ich, der biedere Leipziger habe etwas zu viel guffa, aber er war noch ganz nüchtern. Gemiß, die besten Vertreter des Bürgertums sind es wohl nicht, die so abern auftreten, aber hier in Bayern sind diese unwissenden, blöden Spießer zurzeit

doch in der Mehrzahl — sogar einem sächsischen Oberlehrer, den ich kennen lernte, fehlten die elementarsten Kenntnisse über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge unserer Zeit.

Im allgemeinen finden diese Schwärmer in Bayern durchaus nicht den Anklang, den sie voraussetzen. Namenlich in Nordbayern sind die Bayern durchaus keine exaltierten Anhänger der Monarchie. „Was mu'll's“, hörte ich dieser Tage einen wohlhabenden Bauern zu einem sächsischen Spießer sagen, „Bayern hot halt soane Roh'n, es laa dieferwegen oa net vo Preißen furt, und weil es dda net laa, soa's oa den Kinni net wieder einsehen.“ Aus dieser Aeußerung spricht jedenfalls mehr politischer Verstand, als aus den Ausprüchen, die ich bisher von Spießern aus Dräsen, Weipßig, Gemnitz und Blauen gehört habe.

Der Kampf eines Achzigjährigen um seine Ehre. Ein Nordprozeß, der 45 Jahre zurückliegt, wird jezt vor den Pariser Gerichten von neuem verhandelt. Es ist der Kampf eines jezt achzigjährigen Chemikers Danoff, der im Jahre 1888 wegen Vergiftung seiner Frau zu lebenslänglicher Deportation verurteilt wurde. Der einzige Beweis gegen ihn war, daß man in der Leiche keine Mengen Arsenik gefunden hatte. Nachdem er 24 Jahre in Neukaledonien verbracht hatte wurde er begnadigt. Nun hat er die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt auf Grund eines Gutachtens der chemischen Sachverständigen, demzufolge es jezt als Tatsache erwiesen ist, daß ein normaler menschlicher Körper ein Milligramm Arsenik, die Menge, die in der Leiche der Frau Danoff gefunden wurde, enthalten kann.

Wie der Mensch sein Leben zubringt. Der Wunsch, sein eigenes, tätiges Leben zu verlängern, hat bekanntlich manche geistig hochstehende Menschen zu dem Versuch geführt, den Schlaf, wenn auch gerche nicht ganz abzuschaffen, so doch kurz zu verringern. Solche Versuche hat allerdings der menschliche Organismus häufig mit einem „Unmöglich“ beantwortet. Ein dänischer Statistiker hat einmal zusammengestellt, wie ein sechzigjähriger Normalstadienbewohner seine Lebenszeit verbringt. Er ist zu folgenden Berechnungen gelangt: Es wurden verbraucht: 20 Jahre für Schlafen, 3% für Essen, 17% für Arbeiten, 7% für Vergnügungen, 6% für Spazierengehen, Sport usw., 2% für Nichtstun, 2% für sich anziehen, macht zusammen 60. Gegenüber diesem Bourgeoisstypus muß man sich jener Millionen von Arbeitern erinnern, die 12, 13, 14 Stunden lang arbeiten, ferner auch der Kinder, die von früher Jugend an der Fron überfordert wurden. Jenes Exempel läßt deutlich erkennen, wie segensreich die Einführung des Achstundens-Arbeitslages gewirkt hat. D.

Die Zunahme des Krebses in Frankreich. Beunruhigende Mitteilungen über die Verbreitung des Krebses in Frankreich machte Prof. Rémond in der letzten Sitzung der Pariser Akademie der Medizin. Seine Erhebungen stammen von 270 Spezialisten in 694 Orten in acht französischen Departements. Die Zahl der Fälle, die

hier beobachtet wurden, betrug 1919 300, 1920 362, 1921 589 und 1922 646. In Toulouse allein wuchs die Zahl der Krebskrankungen von 22 (1919) auf 126 (1922). Rémond hebt besonders hervor, daß die Krankheit jezt Leute schon in viel jüngerem Alter ergreift, als früher festgestellt wurde.

Der Inhalt eines Habichtsnestes. Von der Jagdler der Habichte gibt ein anschauliches Bild der Fund eines Horstes, von dem N. Barbet im „St. Hubertus“ erzählt. Er stieß auf einem Jagdausflug bei Vorch in Oberhessen auf den Horst eines Hühnerhabichtspaares. Sein Begleiter erstieg die ungefähr 30 Meter hohe Tanne, deren Gipfel das Nest barg, und hier fand er drei Junge. Er brachte eine Felle an, durch die es gelang, das Weibchen zu fangen. Der Inhalt des Horstes bot ein tolles Bild. Es lagen in dem Nest und auf dem Rande 9 Lauben, darunter 3 heringige Brieftauben, ferner 2 junge halbweilige Feldhasen, 2 Buntspechte, 1 Amel, 1 Drossel, 1 Feldhuhn, 11 Eichhähner, 1 Eichhörnchen und 1 Maus. Von den drei Jungen war das eine verendet, wahrscheinlich erfroren, da das Weibchen nicht mehr auf dem Nest saß. Das zweite Junge nahmen die Jäger mit und ließen das dritte im Nest in der Hoffnung, daß sich auch der männliche Habicht, der diese gewaltige Verproviantierung seiner Familie vorgenommen hatte, in der Falle fangen würde.

Zunahme der Schwachsigigkeit. Wie die Keryze festgestellt haben, hat die Amblyopie oder Schwachsigigkeit gegen die Vorkriegszeit um das Sechsfache zugenommen. In der Tat wird die Zahl noch größer sein, da doch nicht alle Fälle zur ärztlichen Kenntnis gelangen. Als Ursachen werden ärztlicherseits angegeben: Erstens die zunehmende Verwendung selbstgebackenen Tabaks zum Rauchen und Rauchen, wobei die Schädlichkeit darin besteht, daß die Tabakblätter vielfach bloß getrocknet sind und keine richtige Gärung durchgemacht haben; zweitens, die zunehmende Verwendung der kurzen Pfeifen, welche das Risiko des Rauchens weniger aufheben, so daß es sich in ungewohnter Stärke dem Körper mitteilt; drittens die zunehmende Benutzung von denaturiertem Spiritus, der oft einen großen Gehalt von Methylnalohol besitzt, zu Trinkmischen, nach vorausgegangenem ungenügender Reinigung; viertens die durch Unterernährung hervorgerufene geringere Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen die Folgen des Alkohols und des Nikotins. m.

Eine Berliner Theaterpleite. Die Sommerdirektion Adler, die sich eine Unmenge Theater zusammengekauft hatte, hat die Dolländer-Bühnen aufgeben müssen. Dort wird auf Teilung weiter gespielt. Sie hat nur das Halls-Theater behalten.

Das Kleinkunst von Halberstadt. Man kennt in allgemeinen nur das „Halberstädter Hof“, und nur wenige wissen, daß Halberstadt ebenfalls ein Kleinkunst besitzt, das dem Halberstädter Hof wenig nachsteht: Ulrich Geinitz Julius lebte es 1864 durch Richard Berner aus Jandau, der auch das Halberstädter Hof hergestell hat, für 6000 Taler in Ordnung bauen: Es ist ein Kugelhoch darüber gebaut, das in den nahen Gargoißbergen heute viele Besucher Quid erstabst anzieht.

guten Sicherheiten ausgestattete wertbeständige innere Anleihe einzusetzen. Diese Anleihe soll erstens zur Entlastung der Rentenpresse rasch Mittel in Form fundierter Schulden bereitstellen, und so insbesondere die Lücke ausfüllen, bis die Steuererträge wirksam werden. Sie soll zweitens der Wirtschaft und dem gesamten Volk eine wertbeständige Anlegungsmöglichkeit schaffen und den Abverkauf unserer Wirtschaft wieder herzustellen und normal zu gestalten helfen. Das uninnige Antun der Käufer auf die Ware, aber auch die verderbliche Furcht in Dessous sollen ihr Markt dadurch verlieren, daß dem Papiermarktführer es ermöglicht wird, auf andere wertbeständige, nicht mit strafrechtlichen und wirtschaftlichen Risiken verbundene Weise sich den Wert von heute für späterhin zu sichern. Dem Verkäufer wird die Möglichkeit eröffnet.

#### für seine Ware einen beständigen Gegenwert

zu erhalten, so daß ihm der Grund zur Zurückhaltung der Ware, zur Neuanlage des Erlöses in Ware oder zum Tauschhandel wegfällt. Durch die Begebung der Anleihe in kleinen Beträgen ohne Zinschein, aber mit Ausweis für diese Zinsen, soll dem Handel ein wertbeständiges Zahlungsmittel eröffnet, und dadurch, daß auf dieser Grundlagede Banken und Sparkassen ihren Kunden wertbeständige Konten eröffnen, auch für alle anderen Beträge, die wertbeständige Anlage ermöglicht werden. Die Anleihe soll drittens die erforderlichen Devisen zu beschaffen ermöglichen. Schon in der Vorbereitungsphase der Anleihe haben sich die Kreise der großgewerblichen Wirtschaft bereit erklärt, einen sehr erheblichen Devisenbedarf erneut für Dollarkontingente des Reichsbank hinzugeben, so daß damit die Störung in der Einfuhr von Lebensmitteln überwunden werden kann. Viertens soll die Anleihe den Spartrieb und damit den Arbeitstriebe in allen Volksteilen erneut beleben. Das Sparen in der guten alten Weise der Sparkasse und des Sparbuches soll wieder Sinn und Vernunft erhalten. Und endlich, und das ist nicht das geringste, soll und wird die Anleihe den enttäuschten Willen des deutschen Volkes befriedigen, unter allen Umständen für die Finanzierung unseres Bedarfs Sorge zu tragen. Ein besonderer Befehlswort soll

#### die Sicherheiten

schaffen, die für die Anleihe gestellt werden. Diese Sicherheit soll bestehen darin, daß die deutsche Vermögenssteuer, also eine wertbeständige Steuer, für die jährliche Zinsleistungen, und daß weiter die gesamte deutsche Privatvermögen, verpfändet wird. Aber es wäre leichtfertig und ungenügend, die Finanzierung dieses Reichsbedarfs nur auf Anleihe basieren zu wollen. Mit ihr muß

#### die Schaffung neuer Einnahmequellen

hand in Hand gehen. Unsere Steuererträge bedürfen einer tiefgreifenden grundsätzlichen Reform; und während wir diese Anleihe einleiten, müssen wir rasch ein Notprogramm durchführen, um was immer mit Erhaltung der Wirtschaft vereinbar ist, an Steuererträgen rasch und zuverlässig dem Reiche zuzuführen. Zu diesem Zweck legt Ihnen die Regierung, wie der Reichsfinanzminister des näheren ausführen wird, Maßnahmen vor, soweit es noch nicht geschehen ist, unsere Steuern der Entwertung anzupassen und die Erhebung eines Rhein- und Ruhrpflanzers, das nach dem Einkommensteuermaßstab erhoben wird, eine Notsteuer vorzulegen. Die Vorgänge der letzten Tage zeigen klar, daß die Anpassung an die Geldentwertung im Wege fester Bezieherleistungenzahlen verbesserungsbedürftig und die Schöpfung der Wertbeständigkeit aller Steuern nicht länger aufzuschieben ist. Anregungen aus dem Hause werde ich prüfen und, soweit es mit der Lage des Augenblicks vereinbar ist, in das Programm einfügen. Denn das ist die raschste, zuverlässigste Entlastung unserer Rentenpresse.

Selbst brutal wirkende Steuern, sofern sie nur nicht die Wirtschaft zum Erliegen bringen, müssen auf Zeit in Kauf genommen werden, bis eine grundsätzliche Reform unseres Steuerwesens durchgeführt ist.

Wir müssen ein Notdach bauen, um unter diesem den Bau im ganzen umgestalten und erneuern zu können. Darum hat die Regierung bereits die Arbeit aufgenommen, um alsbald zu einer grundsätzlichen Reform derart zu kommen, daß die Anpassung an die Entwertung des Geldes erreicht und zwangsläufig sichergestellt, die Hemmnisse, die bisher die angemessene und wirksame Heranziehung des Einkommens und Vermögens verhinderten, beseitigt, Steuer- und Kapitalflucht eingedämmt werden und wieder eine gesunde Steuermoral Platz greift. (Zurufe der äußersten Linken.) Dazu wird auch notwendig sein, eine grundsätzliche Reform des Finanzverhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in Angriff zu nehmen, die nicht von heute auf morgen durchzuführen, aber auf lange Sicht nun vorzubereiten und in bestimmter Weise zu leiten ist, um jenes Maß von Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der Finanzverwaltung herzustellen, ohne das die notwendige unerbittlich harte Sparpolitik nicht zu erreichen ist. Diese

#### unerbittlich harte Sparpolitik

gilt auch für den Reichshaushalt. Der seit einigen Monaten auf Erlaufen der Reichsregierung nach dieser Richtung hin tätige Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reichs hat durch Anregung von Vereinfachungen in einer Reihe von Reichsbehörden, insbesondere mit dem Ziele der Aufhebung und Zusammenlegung von Behörden im Zusammenwirken mit den Ressorts beachtenswerte Erfolge erzielt und die Arbeit des Sparausschusses des Reichstages ergänzt. Ich nenne davon die Auflösung des Reichsfinanzministeriums, den umfangreichen Abbau der Reichsverwaltungsbürokratie und mehrerer dem Reichsministerium für Wiederaufbau nachgeordneter Reichsdienststellen, die Zusammenlegung mancher Behörden, dazu bedeutende Ersparnisse im Geschäftsbereich des auswärtigen Amtes. Weitere Ergebnisse sind von der im Gang befindlichen systematischen Durchprüfung des behördlichen Betriebes zu erwarten. Die Aufstellung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1924 wird dem Reichstag Gelegenheit geben, auch seinerseits in dieser Richtung vorzugehen. Umfassendere Maßnahmen sind in Vorbereitung. Anleihe und Steuererträge sollen dem Währungsbedarf entgegenwirken und sollen damit unserer Wirtschaft wieder eine ethische, gesunde Grundlage geben. Darum sind auch die Steuerlasten, so schwer sie sein werden, im großen Zusammenhange gesehen. Kein Opfer für die Wirtschaft, sondern sie sind notwendig auch um dieser willen. Steuern und Anleihe müssen durch wirtschaftliche Maßnahmen ergänzt werden.

#### Währungspolitik steht die Reichsbank vor großen Aufgaben.

Sie mit Vorsicht, aber auch Entschlossenheit gelöst werden müssen. So notwendig Selbstständigkeit der Reichsbank ist, so hat sie ihren höheren Zweck im Wohl des Reiches und kann daher nicht anders, als im engeren Zusammenhange mit den allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung wahrgenommen werden. Die Einführung der Goldkronen und des wertbeständigen Kredits, für die ich mich eingeleitet habe und einleite, heißt es zu fördern, halte ich ebenso für Pflicht der Reichsbank wie der Reichsregierung, und ich bin dabei der Überzeugung, daß die anstehenden Körperlichkeiten sicher. Durch die Börsenorgane der letzten Tage dürfen wir uns nicht darüber täuschen lassen, daß die Devisenwährungsregelung abgebaut werden muß. Die Einfuhr muß auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden. Der Ausfuhr muß jede nur mögliche Unterstützung gewährt werden, um die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz günstiger zu gestalten und uns Devisen zuzuführen. Soweit wir an Weltmarktpreisen anknüpfen, haben die Außenhandelsstellen ihre eigentliche Bedeutung verloren. Die Regierung wird daher für die Einschränkung ihrer Tätigkeit und ihres Umfangs auf das notwendige, mit den Erfordernissen der Ausfuhr vereinbare Maß eintreten, aber nur in solchermaßen der Ausfuhr vereinbare Maß eintreten, die im Sinne der Geldentwertung dieser Presse zu gestalten bei der Wirtschaft selbst liegt. Die Bestimmungen der Demobilisierungsvorgänge sind, soweit es notwendig ist, in organisch ineinander gefügte Befehle umzuwandeln, ist eine dringende Aufgabe, die im Herbst dieses Jahres gelöst werden muß. Mit diesen Maßnahmen der Regierung aber ist nichts getan; das Notwendige liegt beim Volke selbst und den Berufsständen, die keine Wirtschaft tragen, hängt ab von der Stärke seiner

Staatsgefinnung. Und wehe für Gegenwart und Zukunft, wenn diese Staatsgefinnung nun verfallen sollte!

#### Die Ernährungsfrage

erfüllt nicht nur die Einwohner der großen Städte, sondern auch anderwärts die Verbraucher bis in die kleinsten Orte hinein mit enger Sorge, und aus dieser Sorge stammt ein großer Teil der Erregung und Beunruhigung, die durch unser Volk geht. In der Tat sind die alljährlich sich beim Uebergang von dem einen zum anderen Erntejahr ergebenden Schwierigkeiten infolge der Verpätung der Ernte besonders ernst geworden. Durch gesteigerte Einfuhr dem Inlandsmanuel abzuhelfen, war nur im geringen Umfang möglich. Nun aber ist die Einfuhr der notwendigen Getreide auf längere Zeit gesichert. In der Kartoffelverpätung sind wir über die schlimmste Zeit hinaus. Eine Störung in der Brotverpätung ist nicht zu befürchten, da in den Händen des Reiches eine genügende Getreidemenge ist, um die ausreichende Versorgung sicherzustellen. Die Ernteaussichten sind sehr erfreulich. Die Führer der Landwirtschaft haben mir erklärt, daß sie sich mit aller Kraft für die rasche, ungehemmte Zufuhr der Ernterzeugnisse an den Verbraucher einsetzen werden. Auch von hieraus

#### wende ich mich an die Landwirtschaft:

ihr Bestand ist gesichert. Glücklich als andere Schichten unseres Mittelstandes hat sie sich, in harter Arbeit freilich, die wir gern anerkennen, ihre Werte erhalten. Die Verwertung ihrer Erzeugnisse ist ihr freigegeben; und so höher und enger ist ihre Pflicht. Auch in den Kreisen der Landwirtschaft muß man sich darüber klar sein, daß eine Privatwirtschaft, die nicht mehr aus sich selbst heraus in normalem Verlauf auf das Notwendige an den Verbraucher gibt, sich selbst preisgibt. (Sehr wahr! in der Mitte.) Gerade im Hinblick auf die Getreideernte und im Hinblick auf die Kartoffelverpätung, die sich im Herbst vielleicht auf besonders knappe Zeit zusammenhängen wird, rufe ich daher auch von hieraus die Landwirtschaft mit aller Dringlichkeit auf, nicht nur an Arbeit, sondern auch an Lieferung ihre Pflicht zu erfüllen. Die Ernährung ist nicht nur Wagenfrage, sondern Selbstfrage. Darum ist die Reichsregierung trotz offenkundiger ernster Bedenken dazu übergegangen.

#### Löhne und Gehälter

innerhalb ihres Bereiches in starkem Umfange der Teuerung anzupassen. Die Verhandlungen des Reichstages vor einem Monat schlossen mit Erklärungen der Regierung darüber, daß die Reichsregierung auch für die Arbeiter in Privatbetrieben eine schnellere und bessere Anpassung der Löhne an die Teuerung für erforderlich hält und daß sie in diesem Sinne, wie der Herr Reichsarbeitsminister besonders noch erklärte, tun werde, was sie könne. Das ist geschehen! Aber auch für die Folge ist es dringend notwendig, daß der Entwertung des Geldes rasch und wirksam in den Löhnen und Gehältern Ausgleich geboten wird. Wir werden naturgemäß den Friedensstand nicht erreichen können. Das gilt für unser ganzes Volk und wird, sobald wir nur einmal wieder eine gesunde Grundlage der Wirtschaft erreicht haben werden, auch für die Arbeiter gelten, die es bisher verstanden, der Entwertung wie der Steuererhebung sich zu entziehen. Denn wir sind an Substanz im Inland und Ausland und demgemäß an Ertragsmöglichkeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege unendlich viel ärmer geworden. (Zurufe bei den Komm.) Wir müssen daher als Volk weniger verbrauchen, mehr sparen und mehr arbeiten. Dazu sollen gerade auch die Befehle führen, die ich angekündigt habe. (Ern. Zurufe b. d. äußersten Linken.)

#### Arbeiten und Sparen

aber setzt ein ausreichendes Mindestmaß und eine die Höherleistung ausreichend berücksichtigende höhere Wertung in Gehalt und Lohn in allen Schichten unseres Volkes unbedingt voraus. Und hierfür das Ihre zu tun, rufe ich Arbeitgeber aller Berufe heute mit besonderer Dringlichkeit auf. Nur auf solcher Grundlage wird es möglich sein, die innere Ruhe im Reiche zu erhalten. Wirtschaftliche Not und Enttäuschung, Bitterkeit und Empörung über die auf unserem Volke lastende Not und Schmach schollen günstige Vorbedingungen für radikale Umtriebe. Wenn die kommunistische Agitation (Zurufe der äußersten Linken), wenn extrem nationalistische Bestrebungen ohne Rücksicht auf die außen- und innenpolitische Gesamtlage sich verstärken und da und dort merkwürdige Verbindungen zwischen ihnen zu lauten scheinen, kann die um den Frieden Europas besorgte Welt sich darüber wundern, daß die Hüter der hochkapitalistischen Interessen des französischen Rentenstaates selbst mit der Wutglatze den Boden für solche Saat aufreißen und bereiten? Desto notwendiger ist die Wachsamkeit und Besinnung aller, die es mit dem deutschen Staat und seiner ruhigen gleichmäßigen Entwicklung ehrlich meinen. Die Regierung ist auf dem Posten und wird gegen Unruhen (Zurufe der äußersten Linken), von welcher Seite sie kommen mögen, mit aller Kraft vorgehen und

zeigen, daß die deutsche Republik stark genug ist, sich zu schützen.

(Andauernde Zwischenrufe der äußersten Linken.) So verheerend ist die Anzettelung des Bürgerkrieges ist, so schädlich ist auch das Gerücht vom Bürgerkrieg, selbst wenn es aus ehrlicher Sorge entspringt. Wer da glaubt, in dieser Zeit die sogenannten innere Auseinandersetzung bis zum Kampfe betreiben zu müssen, oder dem Vaterland mit Geheiß und mit Verächtlichkeit und Verunglimpfung anderer zu dienen, der bereist eine politische Kurzsichtigkeit, die ihn auch in den Augen derer, die in Verdrößerung schwer den Anschluß an den heiligen Staat finden können, den Anspruch auf Führung nehmen sollte. Vaterländische Gefinnung ist jetzt weniger als je eine Sache der Entzweiung, sondern der Einigung. (Sehr wahr! in der Mitte.) Keine Sache der großen Worte, keine Sache, so hoch ich das Verdienst unseres Volkes nach seelischer Erquickung und den Wert einer Kundgebung, wie es etwa das große deutsche Turnfest ist, voranschleife, fortgesetzt feste und Feiern, sondern ist stiller, tapferer Dienst an der Erziehung der Jugend zu nationaler Wärme und harrender kluger Einigung, an der sozialen Verbesserung der Stände und an fruchtbarer Einigung. (Lebhafteste Zustimmung in der Mitte und rechts.) Solche Führung des Volkes scheint mir die gemeinsame Aufgabe der Politik des Reiches wie der Länder zu sein.

#### Zu Verfassungsrecht und Verfassungsreformen ist jetzt keine Zeit.

weder noch der einen, noch nach der anderen Seite, aber mit den dem Reiche gegebenen Mitteln denke ich weiter mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die verfassungsmäßige Ordnung überall im Reiche unangefastet bleibt. (Bravo!) Die Verfassung gibt den Ländern reichlich die Möglichkeit einer weit auseinandergehenden politischen Entwicklung. Dieser reichlichen Möglichkeit steht die nationale Pflicht gegenüber, die Verschiedenheiten nicht zu einer Gefahr für die Einheit des Reiches werden zu lassen. Es ist ein offenes, im deutschen Volk viel zu wenig beachtetes Grundgesetz, daß die Innenpolitik sich der Außenpolitik unterordnen muß. (Sehr wahr!) Diese Außenpolitik, wie sie im Einklang mit der Bevölkerung an Rhein und Ruhr geführt wird, hat die notwendige Voraussetzung, daß die innere Einheit unseres Volkes sich nicht zerfallen werde. Dem muß jede parteipolitische Bestrebung und Absicht sich unterordnen, denn auch Parteibildung und Parteiwille haben ihre innere Berechtigung nur insoweit, als sie Mittel und Werkzeug sind zum Dienst an der Nation.

Die Einheit der Nation zu erhalten, ist unsere erste Aufgabe. Darum dienen wie der Republik. Und wie können es freudig und fest tun. Denn ein Staat und ein Volk, die den Kampf um die Freiheit so führen, wie das deutsche Volk seit nunmehr sieben Monaten, sind trotz aller Schmachter und Schädlinge der Ehre würdig im Inland und Ausland.

Als im Herbst 1918 der Krieg verloren gegeben wurde, ging Glaube und Hoffnung vieler auf einen Verständigungsfrieden. Die Hoffnungen wurden enttäuscht. Heute leben wir keine Möglichkeit eines Verständigungsfriedens. Wir sehen nur die Forderung nach der Kapitulation. So geht der Kampf weiter. Er fordert ein starkes Volk und eine starke Regierung. Darum ist es Pflicht des Reichstages, dem Volke die stärkste

Regierung zu geben, die möglich ist, und sie mit der ganzen Autorität des Parlaments zu befehlen und zu härten. (Lachen und lärmende Zurufe auf der äußersten Linken.) Mehr als acht Monate ist es her, daß ich das Amt des Reichstagspräsidenten übernommen habe. Ich habe das nicht aus Ehrgeiz oder aus irgendwelchen anderen Gründen getan, sondern nur, um mit meiner Politik dem Vaterlande zu dienen. (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Lärm auf der äußersten Linken.) Ich werde ihm bis zum letzten Tage meiner Kraft dienen, wenn Sie, die Vertreter des Volkes, mir Ihr Vertrauen geben, aber nicht einen Tag länger. (Erneuter Beifall.) Es muß Klarheit zwischen uns geschaffen werden, wie es mit diesem Vertrauen steht. Deshalb bitte ich Sie, über die Regierungsvorlage mit aller Offenheit Ihre Meinung zu sagen, damit wir sehen können, ob wir in gemeinsamer Arbeit das Volk retten können oder nicht. (Stürmischer Beifall und Handklatschen im Hause und auf den Tribünen, Lärm bei den Kommunisten, der eine ganze Zeitlang anhält, bis endlich der Präsident dem Finanzminister Hermes das Wort erteilen kann. Auch dieser wird von der Linken mit Zurufen begrüßt: „Bankrottminister! Sie haben's geschafft. Der Dollar 8 Millionen!“) (Fortsetzung in der Beilage.)

### Kommunistische Phantasien.

Der „Rote Fahne“ ist in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie kein Mittel zu schlecht. Dieselben Kommunisten, die in ihrer eigenen Partei alle Mittel der Vertuschung und Geheimdiplomatie anwenden, um die Risse in ihren eigenen Reihen zu verbergen, können sich nicht genug tun, um sich über die „Opposition in der Sozialdemokratie“ in den schönsten Phantasien zu ergehen. Ein Bericht über eine Versammlung, in der Genosse Fritz Zubeil am Montag in Baumschulenweg gesprochen hat, ist ein Musterbeispiel für ihre Berichterstattung. Ihre Phantasie über die „bevorstehende Spaltung der Sozialdemokratie“ zeigt nur, was die Kommunisten gern möchten. Der Genosse Fritz Zubeil macht uns über die Versammlung und seine Ausführungen Mitteilungen, die die Verlogenheit der kommunistischen Darstellung genügend beleuchten. Er schreibt uns:

„Ich habe nicht gesagt, die Vereinigung in Nürnberg sei ein großer Fehler gewesen. Ich habe vielmehr gesagt: Als die Frage der Vereinigung greifbare Gestalt angenommen hat, legte ich mir die Frage vor, ob wir als unabhängige Sozialdemokratie allein der Arbeiterklasse helfen können. Ich kam zu dem Schluß, daß wir allein und auch die damalige Sozialdemokratie jede für sich zu schwach seien, deswegen müssen wir uns im Interesse der Arbeiterklasse zusammen schließen.“

Ich habe nicht von Führerpolitik gesprochen, ich habe gesagt, wir müssen in unserer Fraktion zu unserer alten prinzipiellen sozialdemokratischen Politik zurückkehren und von der jetzt beliebten Kompromißpolitik abrücken.“

Ueber den Kreis Teltow-Beeskow-Storkow habe ich ausgeführt, daß dieser alte Kreis heute nicht mehr besteht und zu seinen besten Teilen heute zu Groß-Berlin geschlagen ist und nur der ländliche Teil verblieben ist, in dem allerdings leider die Mitgliederzahl auf 2800 männliche und 328 weibliche augenblicklich zurückgegangen ist.“

In sehr scharfen Worten habe ich mich gegen die Kommunisten gewandt, die bis zur heutigen Stunde ihre Kampfpapieren von einem auswärtigen Staate empfangen, und wie die deutschen Kommunisten sich aus Moskau von einem Kodel und anderen befehlen lassen. Solange die Kommunisten diese ihre Abhängigkeit nicht aufgeben, kann keine Rede davon sein, mit ihnen eine gemeinsame Front zu bilden, so notwendig wir sie auch brauchen. Ebenso scharf habe ich ihren Lebensmittelkontrollunfall zurückgewiesen. Ich habe in der Versammlung nicht Spaltungspolitik getrieben. Freund und Feind müssen mir bestätigen, daß ich den Appell an die Versammlung richtete, nicht abseits zu stehen, sondern Mann für Mann in die Organisation einzutreten und Schulter an Schulter zu stehen, um soweit als möglich dem Bankrott zu entrinnen. Auch an die Frauen habe ich mich mit der Aufforderung gewandt, in unsere Reihen mit einzutreten.“

Diese Ausführungen des Genossen Zubeil zeigen zur Genüge, was von dem Gerücht der „Rote Fahne“ zu halten ist, die schon den Tag herbeikommen sieht, an dem die „Stimmes-Sozialisten“ endgültig unschädlich gemacht werden.“ Sie wird sich noch gebüden müssen, die gute „Rote Fahne“.

### Schlüsselverfahren für Unterstützungen.

Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik verhandelt über die Erhöhung der Zulagen in der Sozialversicherung. Hierzu wurde durch das Reichsarbeitsministerium ein Berordnungsentwurf über die weitere Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorgelegt. Grundätzlich wurde beschlossen, für die sozialen Unterstützungen ein Schlüsselverfahren einzuführen, das diese Zulagen der fortschreitenden Geldentwertung automatisch anpassen soll.

### Der Kampf um die Goldlöhne.

#### Wilder Streik in Danzig.

Danzig, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die starken Preissteigerungen infolge der katastrophalen Geldentwertung haben heute voemittag zu spontanen Arbeitsniederlegungen der Hafen- und Holzarbeiter sowie einiger Metallbetriebe geführt. Die Streikenden fordern Goldlöhne. In einer stürmischen Massenversammlung schlugen die Kommunisten auch die Bildung von Kontrollausschüssen, die Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung und die Entlassung der Schupo vor. Eine Abordnung sollte diese Forderungen der Regierung überbringen; nach Schluß der Versammlung versuchte ein Demonstrationzug vor das Regierungsgebäude zu ziehen, doch wurde er von der Polizei, die mit Bajonetten vorging, aufgeblst. Dabei wurden einige Personen verletzt. Morgen, Donnerstag, werden die Gewerkschaften mit den Unternehmern über die Frage der Goldlöhne verhandeln.

### Litauische Verkehrssperre gegen Deutschland

Memel, 8. August. (Mit.) Die Litauer haben gestern nachmittag plötzlich den Zugverkehr über Pogegen nach Litsch und dem Reich gesperrt, nachdem sie die nach dem Memelgebiet unterwegs befindlichen deutschen Züge noch übernommen hatten. Innerhalb des Memelgebiets verkehren die Personenzüge. Vielleicht beabsichtigen sie bezüglich der angebotenen Übernahme der deutschen Eisenbahnen in litauische Verwaltung eine vollendete Tatsache zu schaffen. Verhandlungen zur Klärung der Lage sind eingeleitet.

Der deutsche Personen- und Güterverkehr nach und vom Memelgebiet ist bis auf weiteres unterbrochen. Das rollende Gut wird den Verfrachtern zur Verfügung gestellt werden. Fahrkarten werden nur bis Litsch verkauft.

### Kabinet Baldwin verteidigt sich.

London, 8. August. (GE.) Lord Curzon habe heute Unterredungen mit mehreren Finanzfachverständigen sowie mit namhaften Politikern. Diese Unterredungen sollen der Verteidigung des Kabinetts in der Reparationsfrage gegolten haben.

# Gewerkschaftsbewegung

## Streikbeschluss der Buchdrucker und Hilfsarbeiter.

„Sind die Löhne im graphischen Gewerbe noch zeitgemäß?“ lautet die Tagesordnung der gestern abend in der Buchdruckerei stattgefundenen Versammlung beider Organisationen. Kollege Braun gab den Situationsbericht. Er schilderte, dass die Organisationen seit Anfang dieser Woche bereits wieder mit den Unternehmern verhandelt, jedoch ohne positives Ergebnis. Durch langwieriges Verhandeln vor dem Reichsarbeitsministerium sei endlich den Unternehmern aufgegeben worden, für die letzte Lohnwoche als Feuerungsausgleich 800 000 M. zu zahlen. Damit wäre ein Spitzenlohn von 3 200 000 M. erreicht. Für die nächste Lohnwoche sollte die prozentuale Erhöhung der Indeziffer dieser Woche aufgeschlagen werden. Möge das Ergebnis auch mager erscheinen, so müsse er doch, da die Organisationsvertreter diesem Abkommen ihre Zustimmung gegeben haben, dasselbe zur Annahme empfehlen.

In der hierauf folgenden sehr sachlichen Diskussion wurde das Abkommen von allen Diskussionsrednern abgelehnt. Fast alle Redner forderten mehr oder weniger eine Lohnvereinbarung auf Grundlage der Goldmark. Fast einstimmig gelangte folgender Antrag zur Annahme:

Die Funktionärerversammlung lehnt das Angebot des Reichsarbeitsministers als viel zu gering ab und fordert als Abgeltung für die laufende Woche 150 Proz. zum bestehenden Lohn. Von der neuen Lohnwoche ab sind 20 M. Goldlohn pro Woche zu bezahlen. Um dieser Forderung den gebührenden Nachdruck bei der Regierung sowie unseren Unternehmern zu verleihen, treten bei Nichtbewilligung derselben die Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter in den Streik. Beginn Freitag früh 7 Uhr.

Die Arbeiter- und Gewerkschaftspreise hat zu erscheinen. Ueber die technische Durchführung des Streiks entscheidet die heute zu wählende Streikleitung, welche aus 15 Kollegen besteht.

Unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers wurde gestern zwischen den beiderseitigen Organisationen folgendes Abkommen getroffen:

Für die Woche vom 4. bis 10. August 1923 beträgt der Spitzenlohn 3 200 000 M.

Für die Woche vom 11. bis 17. August 1923 wird der Spitzenlohn von einer Kommission der vertragsschließenden Verbände aus dem Spitzenlohn von 3 200 000 M. zuzüglich der im Reichsindex vom 6. August 1923 gegen die Vormoche nachgewiesenen Teuerung errechnet.

Der Spitzenlohn für die Woche vom 18. bis zum 24. August 1923 wird von derselben Kommission aus dem Spitzenlohn der vorangegangenen Woche zuzüglich der im Reichsindex vom 13. August 1923 gegen die Vormoche nachgewiesenen Teuerung errechnet.

Die bisherige empfehlende Form der zweimaligen Lohnzahlung in der Woche wird beibehalten. (Unterschriften.)

Der Spitzenlohn in Klasse C würde demnach in der nächsten Woche vom 11. bis 17. August nach der amtlichen Indeziffer, die eine Steigerung gegen die Vormoche von 109,2 Proz. aufweist, 6 688 000 M. betragen.

Beschlossen wurde, im Laufe des heutigen Vormittags in den Betrieben eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Abkommens vorzunehmen.

Die Abstimmung geht in der Weise vor sich, dass, wer für Annahme des Abkommens ist, mit „Arbeit“ stimmt und wer für Streik ist, mit „Streik“ stimmt. Die Abstimmung ist geheim und durch Stimmzettel vorzunehmen. Die Mitglieder beider Organisationen stimmen getrennt ab. Die Stimmzettel sind bis nachmittags 4 Uhr den Organisationen zu übermitteln.

Das Ergebnis der Abstimmung und die dementsprechenden Mitteilungen werden von der Streikleitung in den Freitag-Morgenblättern veröffentlicht werden.

## Zur Wertbeständigkeit der Bergarbeiterlöhne.

Nach umfangreichen Verhandlungen wurde gestern nachmittag zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der Stein- und Braunkohlenreviere eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Kaufkraft der verdienten Bergarbeiterlöhne bis zum Auszahlungstage möglichst sichern soll. Für den Kalibergbau, sowie für den Eisenerz- und Metallergbergbau wird eine Regelung auf gleicher Grundlage erfolgen. Die Verhandlungen im Kalibergbau finden heute im Zusammenhang mit den Lohnverhandlungen statt; im Eisenerzbergbau wird am Freitag in Gießen verhandelt werden, während die Verhandlungen über den Metallergbergbau am Montag stattfinden sollen. Die Lohnverhandlungen am Donnerstag werden bereits auf Grundlage der getroffenen Vereinbarung erfolgen. Die Vereinbarung selbst hat folgenden Wortlaut:

Unter der Voraussetzung, dass die Werte durch entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise einen vollen Ausgleich für die zu übernehmenden Lasten erhalten, wird zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der Stein- und Braunkohlenreviere folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1. Zwischen den Organisationen wird allmonatlich ein Normal-Tariflohn vereinbart unter Berücksichtigung der in den Reviere betreffenden Teuerung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Reviere.

§ 2. Wenn vorauszusehen ist, dass im Laufe des Monats eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten eintritt, soll der Normal-Tariflohn um einen zwischen Tarifparteien zu vereinbarenden Zuschlag erhöht werden, der die Wertbeständigkeit des verdienten Lohnes bis zum Auszahlungstage möglichst gewährleistet.

Solange die Geldbewertung im gegenwärtigen Ausmaß fortschreitet — zunächst für den Monat August —, wird dieser Zuschlag zwischen den Tarifparteien wöchentlich vereinbart.

§ 3. Der gegebenenfalls um diesen Zuschlag erhöhte Normal-Tariflohn ändert sich von Woche zu Woche entsprechend der prozentualen Veränderung der Reichsindeziffer gegenüber dem Stande bei der Festlegung des Normal-Tariflohnes. Die Festlegung der Kenderungsindeziffer erfolgt allwöchentlich Mittwoch nachmittag durch eine paritätische Kommission in Berlin.

§ 4. Die wöchentliche Reichsindeziffer wird getrennt für das besetzte und unbesetzte Gebiet festgesetzt und der Berechnung des Zuschlages gemäß § 3 für beide Gebiete zugrundegelegt. Für das besetzte Gebiet soll jedoch keine niedrigere Indeziffer zugrundegelegt werden als für das unbesetzte Gebiet.

§ 5. Allwöchentlich wird baldigt nach Abschluss der Lohnwoche — von Montag vormittag 8 Uhr bis Montag vormittag 6 Uhr — ein möglichst großer Teil des Verdienstes dieser Lohnwoche zur Auszahlung gebracht. Die Vereinbarung über die Einzelheiten dieser Zahlung und der Restlohnzahlung erfolgt in den Reviere.

§ 6. Diese Vereinbarung gilt bis auf weiteres. Sie kann erstmalig am 31. August 1923 mit einwöchiger Frist, von da ab 14-tägig gekündigt werden.

## Protokollarische Festlegungen:

Zu § 4. Die Parteien sind sich darüber einig, dass außerordentliche Teuerungserhältnisse im Reich und in den am Rande des besetzten Gebietes liegenden Reviere auch im Laufe eines Monats durch Vereinbarungen der Parteien Berücksichtigung finden können.

Zu § 5. Die Parteien sind sich darüber einig, dass „baldigt“ heißt: spätestens am dritten Werktag der folgenden Woche. Eine Ausnahme bilden die besetzten Gebiete, für die in dieser Beziehung eine besondere Vereinbarung getroffen worden ist.

## Angestelltenarbit in der Metallindustrie.

### 1. Dekadenzahlung am 11. August.

Als amtliche Lebenshaltungsziffer wurde am 8. August die Zahl 149 531 ermittelt. Gegenüber der Indeziffer vom 1. August (71 476) bedeutet dies eine Steigerung von 109,2 Proz., gegenüber der Indeziffer vom 25. Juli (39 335) eine solche von rund 280 Proz.

Nach den Ermittlungen der paritätischen Indekskommission ergibt sich praktisch daraus, dass am 11. August

### 114 Proz. des Bruttojuleinkommens

(soziale Zulagen eingeschlossen) zur Auszahlung kommen. Die sich ergebenden Beträge sollen mit Rücksicht auf die Zahlungsmittelknappheit, in Übereinstimmung zwischen Firmenleitung und Angestelltenrat aufgerundet werden.

### Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Deutscher Werkmeisterverband.  
Zentralverband der Angestellten.  
Günther. Rathe. Rasper.

## Achtung, Betriebsoblene der USPD!

Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches von Gewerkschaft und Partei empfangen heute nachmittag die Vertrauensleute im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, wichtiges Agitationsmaterial.

### Bezirksvorstand der USPD.

## Klagen und Wünsche eines Kellners.

Ein Kellner, der nur noch in Garten- und Saalgeschäften Arbeit findet, klagt, dass der Sommer schlecht und der Verdienst gering war und es mit der Arbeit bald wieder vorbei ist. Die gleichgestellten, meist älteren Kellner könnten beim besten Willen die 26 Arbeitswochen nicht mehr aufweisen, die als Vorbedingung zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung bei eintretender Arbeitslosigkeit verlangt werden.

Er wünscht eine Rotenordnung zugunsten dieser Kellner, wonach jeder Arbeitsstempel als eine Arbeitswoche gilt, so dass 26 Zuschularbeiten als 26 Arbeitswochen zu gelten hätten.

Jedem Industriearbeiter müßte die nebenberufliche Tätigkeit als Kellner, den Gastwirten aber deren Beschäftigung unterjagt werden, da sie auf eine Steuerhinterziehung hinausläufe. Jeder Arbeitgeber müsse verpflichtet werden, jeden Arbeitnehmer, den er stunden- oder tageweise beschäftigt, beim Arbeitsnachweis und der Krankenkasse zu melden, um der Doppelbeschäftigung zu wehren. (Ein vollbeschäftigter Metallarbeiter im Riech-Berk in Weihensee sei dreimal wöchentlich als Kellner tätig.)

Die Betriebsräte, Organisationen und Werkleitungen müßten auf die Not der Kellner hinweisen, um die Arbeiter anderer Berufe davon abzuhalten, ihnen ins Handwerk zu puschen und ihnen die Existenz zu erschweren.

Es wäre unseres Erachtens für die Berufskellner, Musiker usw. schon viel gewonnen, wenn die vollbeschäftigten Arbeitnehmer, Angestellten, Beamten sich mit ihrer Berufstätigkeit begnügten, das Achtstundentagsprinzip nicht aus egoistischer Erwerbsgier selber durchlöcheren und ihre freie Zeit zu ihrer Erholung und Befahrung nützen. Wohin sollte es kommen, wenn in den Reihen der Arbeitnehmerschaft jede notwendige soziale Einsicht und Rücksichtnahme dem persönlichen Egoismus weichen müßte?

## Einzelhandel und Angestellte.

Die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten im Einzelhandel haben in einer Versammlung am Dienstag zu den leibhaftigsten Maßnahmen der Einzelhändler Stellung genommen und einstimmig nachstehende Resolution angenommen:

„Die JH-Funktionäre der im Einzelhandel beschäftigten kaufmännischen Angestellten haben aus den Zeitungen gesehen, daß das Personal des Einzelhandels angeblich hinter den Forderungen der Arbeitgeber stehen soll. Den Funktionären ist ihre Organisation der Arbeitgeber gegenüber auf dem Standpunkt fest, daß die Angestellten keineswegs bereit sind, den von den Arbeitgebern der Einzelhandels gegen die bürgerliche Regierung geführten Kampf auf ihrem Rücken austragen zu lassen.“

Die Funktionäre verlangen ausdrücklich von der Einzelhandelsgemeinschaft, daß über beabsichtigte Veränderungen der Dauer der Arbeitszeit mit ihrer Organisation verhandelt wird.

Sie stellen als ihre einmütige Auffassung fest, daß die Betriebsräte Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern über die Dauer der Arbeitszeit abzulehnen haben.“

## Neue Differenzen in städtischen Krankenhäusern.

Das Pflegepersonal klagt darüber, daß gestern der fällige Lohnbetrag von 300 000 M. nicht ausgezahlt worden sei. Es habe sich

der Arbeitnehmerschaft deswegen eine ungeheure Erregung bemächtigt, die in einzelnen Anlässen, wie im Rischom-Krankenhaus zur Arbeitsverweigerung führte. Die Kostenträger arbeiten werden aufrechterhalten.

## Beilegung des Konflikts bei der Hochbahn.

Der neue Konflikt zwischen der Direktion der Hochbahngesellschaft und den Werkstättenarbeitern ist im Laufe des gestrigen Tages ausgeglichen worden. Die Werkstättenarbeiter hatten verlangt, daß die drei Gensafregellen wieder eingestellt werden. Um dieser Forderung größeren Nachdruck zu verleihen, ruhte in den Vormittagsstunden die Arbeit in den Werkstätten gänzlich. Durch Vermittlung der zuständigen Gewerkschaft ist der Streikfall aus der Welt geschafft worden. Die drei Entlassenen werden wieder eingestellt und die Belegschaft hat daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

Bau-, Geldheuer- und Möbelschleifer sowie Bauanschläger. Durch Vereinbarung mit dem Schützverband Berliner Schlossereien werden bis zur Regelung der Löhne in der Woche vom 6. bis 12. August an alle Arbeiter über 21 Jahre: 2 000 000 M., Heiser unter 21 Jahren 1 500 000 M., Junggelehrten 1 000 000 M., Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 900 000 M., von 16 bis 18 Jahren 650 000 M. und von 14 bis 16 Jahren 400 000 M. als Vorschuß gezahlt. Die Ausschüttung soll Freitag, spätestens Sonnabend erfolgen. Die Ortsvermittlung.

Die Buchdrucker in Frankfurt a. M. sind wegen Lohnhöhen gestreikt. Die Mittagszeitungen konnten nicht mehr erscheinen. Auch in den Rotendruckereien ruht der Betrieb.

Zum Streik in der Hochseiffertel schreibt uns die Reichsabteilung Sozialer der Deutschen Verkehrsverbände aus Hamburg: „Der Vorwärts“ brachte in Nr. 363 am Sonntag eine Notiz über Abschlußverhandlungen, die irreführend ist. Wir geben deshalb kurz bekannt, daß der Verband deutscher Rautiker und der Deutsche Verkehrsverband den Spruch abgelehnt haben, der eine Kürzung der Deckmannschaft um einen Mann vorsieht.

Die Vertreter dieser beiden Verbände haben es auch nicht übernommen, ihren Arbeitskollegen den Spruch zur Annahme zu empfehlen. Er bleibt nach wie vor abgelehnt, und müssen wir die Verantwortung für die Folgen denen überlassen, die diesen Spruch gefällig haben. Die Verhandlungen in Berlin bezogen sich auf verschiedene Punkte des Zusatzprotokolls zum Rautikervertrag. Unter der Voraussetzung, daß die Generalsammlung der Heiber dieser Abmachungen ihre Zustimmung gibt, sind die Mitglieder der beiden Verbände bereit, die Arbeit aufzunehmen, weil sie sich im Augenblick von der Fortdauer des Streiks keinen Erfolg versprechen. Auf die Abschlußverhandlungen, die zu dem vorliegenden Schiedspruch geführt haben, kommen wir zurück.“

Buchdrucker! Infolge Streikbeschlusses der gestrigen Generalsammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter werden hiermit sämtliche Funktionen der USPD. zu heute nachmittag 5 Uhr bei Dennis, Kirchengasse 44, eingetriben. Erscheinen unbedingt! Nicht!

## Der Funktionärsvorstand des Buchdrucker.

Zentralverband der Steinarbeiter. Morgen, Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Versammlung der Werkstätten- und Großmehlhandels.

Achtung, Zimmerer! Alle Bezirksführer müssen morgen, Freitag, 7 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshaus erscheinen. Vorstand- und Schlichtungskommissionenmitglieder treffen sich eine Stunde früher im Bureau. Am Sonnabend in allen Bezirken Versammlung zwecks Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen. — Alle Funktionäre haben außerdem dafür zu sorgen, daß am Sonnabend jeder Verbandsamten seine Liste zur statistischen Erhebung abgibt. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei wird nur durch Vorlegen des Mitgliedsbuches und des Besen eines Arbeiterpreffe nur durch Vorlegen der Quittung auszuweisen. — Der Vorstand.

Achtung, USPD-Generalsammlungsbelegierte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Zentral, Freitag, 7 1/2 Uhr, Schützenstraße 15, Versammlung. Erscheinen alle in der USPD, spanienischen Belegierten in Parteiplikat.

Zentralverband des Angestellten. Kertigroßhandel, Baumwoll, Seiden- und Kleidergroßhandel, Seid- und Seidenwarengroßhandel: Mitglieder-versammlung morgen, Freitag, 3 Uhr, Dorotheenstraße, Neue Friedrichstr. 33.

Achtung, Ramm- und Haarhändlerbetriebe! Morgen, Freitag, 6 Uhr, Neue Friedrichstr. 1, Funktionärerversammlung. — Die Vorstandleitung.

Darum A. Wikingenstraße. Freitag, den 10. August, 8 Uhr, im Lokal Sportplatz, Reichlingstraße, Zusammenkunft aller USPD-Mitglieder. Ausweis mitbringen. Erscheinen Parteiplikat.

## Der Funktionärsvorstand.

USPD-Funktionäre, Metall. Streikmaterial umgehend im Verbandsbureau, Dorotheenstr. 7-10, abholen.

## Jugendveranstaltungen.

Achtung, Strikungsvereine! Die schwedischen Genossen treffen heute, Donnerstag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, auf dem Steiner Bohnhof ein.

Achtung, Käruberg-Fahrt! Der Treffpunkt ist morgen, Freitag, den 10. August, nachmittags 3 Uhr, am Anhalter Bahnhof. Die Gruppenführer werden sich sofort nach ihrer Ankunft an den Genossen Dieberich wegen Fahrtbeweise, Mitgliedsbuch, Freizeitscheine, Reiseausweis und die Quittungen für Fahrgeld und Essen (das nicht zu vergessen).

Die Verfassungskonferenz findet Sonnabend, den 11. August, abends 8 Uhr im Garten der Reuter Welt statt. Anwesenden: Käruberg, gemeinschaftliche Lieber und Täner. Eintrittskarten zu 100 M. sind am Eingang zu haben.

Der Kaderkauf findet nochmals am Freitag, den 10. August, nachmittags von 4-7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt.

## heute, Donnerstag, den 9. August:

Gesundbrunnen: Jugendheim Schule Götterburger Str. 2, Freitag: „Die Abkündigung des Reichs“. — Käruberg: Jugendheim Gemeindefchule Schulstraße, Freitag: „Bilanz“. — Käruberg IV: Jugendheim Lokal „Zum Schmied“ (Käruberg Heide), Mitgliederversammlung. — Käruberg: Kärubergheim Gemeindefchule Berliner Str. 21, Mitgliederversammlung. — Käruberg: Jugendheim Gemeindefchule Käruberg Str. 3-4, Freitag: „Die wieder Strik“. — Käruberg: Kärubergheim Käruberg Str. 3-4, Freitag: „Die wieder Strik“. — Käruberg: Kärubergheim Käruberg Str. 3. Alle Eltern des Kärubergs sind eingeladen. Anfang 8 Uhr. — Käruberg: Jugendheim Gemeindefchule Kärubergstraße, Freitag: „Kärubergfahrt“.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill, Berlin; Wirtschaft: Peter Gahrman, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Götter, Berlin; Freizeitsport: R. S. Böcher, Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Walter Trojan, Schöneberg; Anzeigen: H. Glöde, Berlin.

Verlag: Formbrüder-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formbrüder-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eindeustr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

Weinbrand

# Winkelhausen

Alle Reserve

Kauf ohne Sorge — bei Korge

Unser Geschäft ist am Donnerstag geöffnet!

Anzahlung bei späterer Abholung zu kulantem Bedingungen gestattet!

Grösste Auswahl

Sport- und Reisebekleidung! Bayerische Lodenanzüge und Mäntel! Damensportbekleidung!  
Reisemäntel, Regenschirme, Trikotasen, reichsortierte Wäscheabteilung! Herrenartikel, Schuh-  
waren, Spezialität: Sport-, Wander- und Jagdstiefel! Koffer- und Reiseeffekten, Rucksäcke

Solideste Preise!

**ARTHUR KORGE** Berlin SW 2848, Wilhelmstrasse 107, Ecke Anhaltstrasse  
Nähe Anhalter Bahnhof — 4 Etagen Verkaufsräume — Fernspr. Zentrum 935 — Geschäftszeit 9-7 Uhr

Kauf ohne Sorge — bei Korge

# Auswanderung nach Südamerika.

Die in Deutschland herrschende Not läßt in vielen die Sehnsucht wachsen, dem heimatischen Elend zu entfliehen und in fernen Ländern ein neues Fortkommen zu suchen. Dieselbe Not aber, die diesen Wunsch erzeugt, hält die meisten in Deutschland fest und sie bekümmern sich oft genug bitter darüber. Oft hört man, wie Südamerika als das goldene Land gepriesen und wie bedauert wird, nicht dorthin zu können. Die folgenden Ausführungen sollen daher Aufklärung geben über das, was der Auswanderer dort zu erwarten hat.

## Wer darf nach Südamerika auswandern?

Nur zwei Berufsklassen können mit Aussicht auf Erfolg aus Deutschland nach Südamerika auswandern: Handwerker und Landleute. Diese ganz allgemeine Feststellung muß jedoch wesentlich eingeschränkt werden. Es dürfen nur gesunde, widerstandsfähige, nüchtern und tüchtige Handwerker daran denken, in Südamerika tätig zu sein. Wer nicht über genügende eigene Mittel verfügt, um sich eine Zeitlang dort drüben über Wasser halten zu können, ist in den meisten Fällen rettungslos verloren. Sie finden dort ganz andere Verhältnisse, auch in bezug auf Ernährung, Wohnung, Arbeitszeit, Arbeitsraum und auf das Leben in den freien Stunden. Soziale Fürsorge gibt es drüben nicht. Auch keinen Achtstundentag. Jeder ist auf sich angewiesen und muß sich selbst vor Ausbeutung durch unehrliche Bandolente schützen. Reulinge, „Cringos“ genannt, werden stets ausgenutzt. Auch im staatlichen Betrieb werden Arbeitnehmer oft auch aus Mangel an barem Gelde monatelang nicht bezahlt und müssen auf Gutscheine höchst unwirtschaftlich leben. Dennoch sind deutsche Handwerker in Argentinien und auch in Brasilien zu Wohlstand gekommen. In Sao Paulo gibt es beispielsweise im Stadtviertel der Rua Iphigenia einige hundert gutgehende Geschäfte mit anspruchsvollen Wertstätten, die deutschen Hochhandwerkern gehören. Spekulative Brasilianer haben ihnen durch Darlehen solche Selbstständigkeit ermöglicht. Das ist aber heute nicht mehr zu erwarten.

In Chile einzuwandern ist für Handwerker gewagt. Den Wettbewerb mit den unglaublich genügsamen Kleingewerbetreibenden aus Portugal, Spanien, Italien, Dalmatien und Serbien hatten Deutsche nicht aus. Wer heute nach Argentinien oder Brasilien auswandern will, muß einige Millionen Mark für Ueberfahrt im Zwischendeck bezahlen. Dies Zwischendeck ist eine gut eingerichtete dritte Klasse, was aber nur für die Schiffe der Hapag, des Norddeutschen Lloyd und der Südamerikanische gilt. „Hinüberarbeiten“ kann man sich aus mancherlei Gründen nicht. Drüben erhält jeder Arbeitswille zunächst freie Verpflegung und Unterkunft in einem der staatlichen Einwanderungsheime, „Hotels de Emigracion“, bis er Verdienst gefunden hat. Natürlich muß er sich dabei auch mit Aushilfsarbeit begnügen oder sich im Innern des Landes nach Beschäftigung umsehen. Bahnfahrt und Gepäckbeförderung bis zum Arbeitsort ist frei.

## In Argentinien.

Für Landleute ist Argentinien nicht das rechte Auswandererziel. Als Anechte, „Peons“, verdienen sie auf großen „Estancias“ bei harter Arbeit, bei schlechter Verpflegung und noch schlechterer Unterkunft nicht genug für die sonstigen Lebensbedürfnisse. Als Erntearbeiter halten Deutsche im ständigen Sonnenbrand meist nicht aus und kommen gegen die süditalienischen Saisonarbeiter nicht auf. Auch das mühselige Leben als Kleinpächter auf einer argentinischen Chacra lohnt sich nicht, da die Winterernte aus mannigfacher Ursache keine Seltenheit ist. Noch einigen Jahren steten Zuwartens hat solcher Kleinpächter meist keine Ersparnisse zugelegt und muß harte Arbeit wieder fortziehen. Wirklich guter argentinischer Kulturboden ist längst in fester Hand, und Landkauf zum billigen Preis ist nur noch auf neuererschlossenen Gebieten möglich. Gemüßreiche Kolonisationsbemühungen, solche Jansen im Tal des Rio Negro und im argentinischen Urwald, im Chaco zu besiedeln. Es ist aber ein Wagnis, sich dort niederzulassen, fernab vom Verkehr, im Ueberschwemmungsland, in der Nähe von Sumpfen und an der Heilsgrenze feindlicher Indianer. Auch Chile kommt für bäuerliche Niederlassung nicht in Betracht. Die dort im Süden in Valdivia von Bauern aus der Zeit 1850 gegründeten Siedlungen

stehen zwar in höchster Blüte und sind heute die Heimat von 1800 recht wohlhabenden Bauernfamilien. Der aber dort noch verfügbare oder freizuerwerbende Boden ist für Kinder und Enkel der Eingeweihten bestimmt, die ja auch leben wollen. Urwaldgebiet wird in Chile vorerst nicht erschlossen, da die Regierung für solche Kultur Aufgabe kein Geld hat.

## Brasilien

Das eigentliche Auswanderungsland für Bayern kann nur Brasilien sein. Arbeitskräfte für Landwirtschaft nimmt man dort gern auf und vergütet den zu solchen Zweck gekommenen Familien bei erfolgreichem Bemühen nach Jahresfrist alle Kosten der Auswanderung gemäß bundesgesetzlicher Bestimmung. Der Weg zum Erfolg des Einwanderers liegt körperliche Eignung, Gesundheit, mittleres Lebensalter, Tatkraft, äußerste Genügsamkeit, Verzicht auf alle Kulturannahmlichkeiten voraus. Auch muß der Einwanderer verheiratet sein, weil er nicht neben der Arbeit auch lochen und waschen kann. Die beste Schule für die Anfänger ist Arbeitsleistung auf einer Kaffeepflanzung, wobei Frau und Kinder helfen müssen. Hier lernt man sich am besten in die Verhältnisse ein, lernt Sitte und Sprache und erspart bei freier Lebenshaltung den größten Teil des baren Lohnes, mit dem man bald hundert Morgen Eigenland erwerben kann. Dazu ist Gelegenheit genug in den südbrasilianischen Staaten Parana und Santa Catharina sowie in der Urwaldzone des hochkultivierten Paulista Staates. Wie hart das Dasein eines Kolonisten tatsächlich aber ist, charakterisiert am besten

## ein kleines Stimmungsbild

aus dem Urwaldgebiet von Aracatuba, das die Deutschbrasilianische Landbesitzergesellschaft Haefel u. Co. 1920 mit außerordentlichen Geldopfern und vielem guten Willen erschloß. „Im engsten Raum, auf düstern Lager, ohne jede Bequemlichkeit und rechten Schuh vor Hölle, Risse und triebendem Getier, haufen da die ersten Kolonisten. Rest vier Familien in einer elenden Hütte, deren dunkles Innere vier ausgehängte Säcke teilte. Ohne Stuhl und Bett, mit einer Kiste, die als Tisch diente, und einer Blechbüchse, die das Koch-, Koch- und Geschirrlager ist, leben sie kümmerlicher als wandernde Zigeuner. Wochentags tragen sie daselbst zerrissene Hand, das gleiche zusammengefügte Gewand, die schon ganz verbrauchten Schuhe, und können sich nicht helfen, weil ihre verachtete Habe noch immer unterwegs ist. Bis es besser kommt, träumen sie sich mit Zukunftsträumen, bauen in Gedanken schmucke Holzhäuser im Schweizer Stil, legen in der Rhododendron blühende Gemüsegärten und prächtige Blumenbeete an, erdichten sich muster-gültige Meeresreisen, rechnen sich große Gewinne aus geplanter Schweinemast und Hünerzucht aus, betreiben in der Einbildung ertragreiche Sägewerke, Reis- und Weismühlen mit billiger Wasserkraft oder sehen sich auch schon als wohlbestallte Postagenten oder Bürgermeister und Gemeinderäte der künftigen Ortschaft.“

Nur wenige dieser ersten Kolonisten haben schließlich durchgehalten, die meisten zogen in die Städte zurück. Einige erlagen der Malaria, die kaum einen verschont. Am besten haben sich dort die Deutschschweizer bewährt, die von Haus aus tüchtige Handwerker und Landwirte waren. Auch hier muß wieder betont werden, daß es Sache des einzelnen ist, ob er vorwärts kommt. Manche erreichen nie etwas unter der Autorität anderer, und es kommt deshalb sehr oft auf die Leitung einer Kolonie an. Die hohe Entlohnung der Schweizer Siedlung Heioveia in Campinas in Brasilien und die Kolonien deutscher Bauernschaft in den südbrasilianischen Staaten in Rio de Sul beweisen das genügend. Schließlich muß noch eins gesagt werden: Auswanderung bedeutet ein Loslösen vom heimatischen Boden, so sehr die Erinnerung an ihn im einzelnen Menschen auch fortleben mag.

Von der Reichsbanknote zu 100 000 M., mit dem Datum vom 1. Februar 1923 wird demnächst eine 2. Serie ausgegeben werden. Sie unterscheidet sich von der bisher ausgegebenen Serie dadurch, daß die Nummer in der rechten oberen Ecke der Note fortfällt.

## Wie man Geld wechselt.

Die „kleine Münze“ ist nahezu verschwunden; ein Einmark- oder Zweimarkschein hat heute wirklich keine Berechtigung mehr. Zehn- und Zwanzigmarscheine sieht man noch dann und wann; es gibt immer noch eigenwillige Verkäufer, die ihre Preise nicht auf volle hundert oder tausend Mark abrunden. Selbst der Hundert- oder Tausendmarkschein wird heute als „lästig“ empfunden und nur Post und Eisenbahn nehmen ihn mit sichtlichem Vergnügen an, da sie seiner beim Herausgeben oft bedürfen. Aber mocht man sich mit einer Hand voll Hundertmarkscheinen zu einer vielumworbenern Verkäuferin von Eßwaren, so fehlt es nicht an spitzigen Bemerkungen: „Haben Sie es nicht größer?“ und „das Zählen hält so lange auf“. Damit hat sie unstrittig recht, aber das Herausgeben auf einen „großen“ Schein ist auch oft eine komplizierte Sache. Viele „Damen der Halle“ kopfen die eingewonnenen Scheine wahllos in eine Tasche oder einen Topf und nun geht's ans Suchen nach den passenden Scheinen, die unter den nervös sich bewegenden Fingern gerade kein gutes Leben haben. Sie sehen dann auch etwas rankoniert aus. Anders die Kaffeebaristinnen in den großen Geschäften und Warenhäusern. Da liegen die Scheine fein sortiert und im Ru sind auf den dargereichten „Hunderttausender“ die restierenden 27 000 M. herausgezählt. Wenn natürlich einer bei einem Einkauf von sagen wir 15 000 M. einen Fünfmillionschein gewechselt haben will, so lehnen sie dies — und mit Recht — ab: ein solches Wechselgeschäft würde die Rechte der ebenfalls zur Zahlung bereiten anderen Kunden doch zu sehr beeinträchtigen.

Früher, als es noch Pfennige und ähnliches Kleingeld gab, war es ein mathematischer Sport, sich vorzustellen oder gar — falls die höhere Mathematik geläufig war — auszurechnen, auf wieviel Mark man z. B. ein Zwanzigmarskstück wechseln könne. Um dem Leser nicht zu unnützem Nachdenken zu verführen, wollen wir das Ergebnis hier niederschreiben: nämlich auf 33 230 248 752fache Weise. Heute, wo die kleinen Pfennigbeträge überhaupt nicht mehr existieren, wird sich diese Milliardenzahl wohl etwas reduzieren: immerhin wird bei einem Hunderttausendmarkschein auch schon eine halbfache Zahl herauskommen.

Nur gut, daß die Leute beim Wechseln sich diesen Gedanken nicht hingeben, denn sonst müßten sie noch mehr in Aufregung geraten.

## Apotheker im Dalles.

Die Fälle, daß Kassenpatienten die ihnen verordneten Medikamente in Apotheken nur noch gegen sofortige Bezahlung erhalten und mit der Weisung, das vorausgelagte Geld von der Krankenkasse einzuziehen, mehren sich. In Apothekerkreisen ist sogar, wie mitgeteilt, eine Bewegung im Gange, um das bisherige Kreditverhältnis gegenüber den Krankenkassen allgemein abzuschaffen. Die Apothekenbesitzer erklären, daß sie die ungeheuren Preise, die sie selbst für Medikamente bezahlen müssen, nicht mehr auf Monate hinaus kreditieren können. Es handele sich heute bei jeder Apotheke allmonatlich um viele Millionen, die zum erheblichen Teil ihren Papiermarkwert eingebüßt haben, wenn sie von der Kasse endlich erstatet werden. Das ist gewiß richtig. Die von den Apothekern beabsichtigte drastische Lösung schießt aber weit über das Ziel hinaus. Sehr viele Kassenpatienten würden gar nicht in der Lage sein, die Medikamentenpreise, die sich schon für ganz einfache Sachen zwischen 50 000 und 150 000 M. bewegen, zu verauslagern. Wer will die große Verantwortung dafür übernehmen, daß durch Geldmangel der Kassenpatienten die notwendig schnelle medikamentöse Krankenbehandlung verzögert wird? Sollen die zahlungsunfähigen Kranken oder ihre Angehörigen erst nach der vielleicht weit entferntesten Kassenstelle laufen oder mit erheblichen Kosten fahren, um sich das Geld zum Empfang der Medikamente anweisen zu lassen? Und wie stellt man sich die dadurch entstehende bürokratische Belastung der Krankenkassen mit einer unheimlichen Fülle neuen Schreibwerks vor? Eine der ersten Folgen wäre die Notwendigkeit der Einstellung weiterer Beamten und der Erhöhung der Beiträge. Solche wichtige Fragen, die ein Jahrzehnte altes System über den Haufen rennen sollen, können nicht zum Schaden der Patienten erledigt werden. Es ist schon genug, wenn jetzt die Kassen-

53]

## Als die Wasser fielen.

Von Otto Kung.

Ihm schien, er könnte die Stimme des Vaters hören: „Halte dein blankes Bandolier steckenlos!“ Und auf einmal war es ihm, als stände er stramm auf Deck, in Uniform mit dem Kadettendolch und blanken Knöpfen, und vor ihm der Vater mit dem kohlschwarzen vieredigen Bart. Bleich beleuchtete die Laterne das schaukelnde Deck. Auf den Banjern unter der Schanze bemerkte er die alten Kanonen, die gesurrt und mit der Bajette halb in das tintenschwarze Wasser gesenkt waren. Und halberstickt, klagend und zornig tänzte die Stimme des Vaters: „Da siehst du, Junge! So hast du alles verhandelt, was ich und meine Zeit auch als Erbe hinterlassen! Sieh dich um! Jetzt sinkt das Schiff meines Geschlechtes!“

Und der Sohn sah hinaus über das Chaos, in dem die Führer jener Zeit, die blind ihren Kurs hielten, untergingen. Und die Typen der neuen Zeit, die reichen Pieseler — treibend und ohne Ruder — verankert wie sie. Rhythmisch und rollend wedyelten Ebbe und Flut. — — —

Gude fand sich halb sitzend in seiner Kojette. Um ihn her war zitternder Sonnenschein, der durch das Kuhauge hereinleuchtete. Er sah auf die Uhr, es war halb sechs.

Er vernahm noch den Laut dröhnender Schläge in seinem Ohr. Aber er fühlte sich erfrischt, belebt, als wäre sein ganzer Organismus auf einmal gereinigt worden. Es war ihm, als hätte er sich endlich von einem ganzen Kapitel seines Lebens befreit. Ohne Optimismus, aber auch ohne Angst sah er der Zukunft entgegen, die ihn selbst und die schwierige Welt erwartete, in der er ohne Gammeln und Auerkieren, zwar ohne den Glauben an große Ergebnisse, aber doch mit frischem Mut seinen Platz einnahm. — — —

Er kleidete sich an und ging an Deck. In dem ersten Tageslicht lag das Meer blendend weiß da; die Molen und Häuser des Hafens bildeten silberartig bleiche Silhouetten.

Blühlich wurde sein Name gerufen. Auf dem Mitteldeck stand, über das Geländer gebeugt, Gerda. Sie war in einem Kimono gehüllt, das Haar hing ihr lose über den Rücken herab. Sie rief ihn: „Haben Sie es auch gehört? — Sind Sie auch gemerkt worden?“

Und als er verwundert den Kopf schüttelte, erklärte sie: Jeden Morgen in den letzten Wochen hätte sie es gehört — das — hinter der Wand in ihrer Kojette. Es konnten nicht die Klanken sein, die nachgaben, der Laut war zu gewaltsam — ungefähr wie ein Schuß.

Jetzt erinnerte auch er sich des dumpfen Wärme, den er immer wieder hinter dem Schott in seinem Arbeitsraum gehört hatte. Er nickte: Ja, er hätte oft dasselbe wie sie gehört. Aber eine Erklärung konnte er nicht geben. Sie lächelte, während er sprach, durchaus nicht ängstlich, wie er zuerst gedacht hatte, eher ein wenig neugierig, elastisch nach dem Schlafe, erfrischt von dem kühlen Morgen. Nein, sie wollte nicht wieder zur Ruhe gehen! Schnell lief sie hinunter, um sich anzukleiden.

Als sie wiederkam, hatte sie ihr Haar gemacht und trug ein helles Leinentostüm. Gude hatte an die Tür von Mattis Kojette geklopft und öffnete sie, als nicht geantwortet wurde. Ein wenig ärgerlich kam er zu Gerda zurück.

„Mein Matrose scheint fortgegangen zu sein,“ sagte er. „Wir müssen sehen, ohne ihn fertig zu werden!“

Sie nickte eifrig: Vorläufig würde sie für eine Tasse Tee sorgen.

Er sah sich in ihrem Garten um. Ein wilder, süßer Duft von Honig und Sonne entströmte den Rosen, die um Baum und Spill hingen oder bis halb zur Spitze des Besenmostes emporgeklettert waren. Der Morgen ging schon von Schneeweiß zu Blau über.

Sie standen nebeneinander über die Reling gelehnt. Ihre Schulter hatte die keine einen Augenblick berührt, und er spürte noch ihre Wärme, ihren Nerv — wie eine Unruhe in seinem Blute.

Der Hafen hatte zu leben begonnen. Schlepptanker kamen schnell vorbei, sie fuhren zu ihrer Arbeit, fern von der Stadt ertönte das Heulen der Fabriksirenen. Und auf einmal, wie der Schlag eines Gongs, begann der Lärm der Werkstätten. Von den Schmieden von Refshaleø stammte es rot. Esse bei Esse, und schmetternd kam von allen Helgen das gewaltige Hammerlied des Tages. Metall gegen Metall, ein stundenlanges Loh. Die ersten Routendampfer zogen ihre schwarzhäutigen Furchen durch das leuchtende Wasser. Und von allen Hafenbecken erklang das Rasseln von Ketten, das Anrären der Kräne, das Stürzen von Rohlen; Brände und Leichter kamen stampfend, von schnaufenden, eifigen Bugherbooken geschleppt, vorbei. Der Hafen war erwacht, bereit für den neuen, merkwürdigen Tag.

Langsam glitt ein schwer beladener Dampfer vorüber nach seinem Platte beim Schwimmdock, wo jetzt das Motorschiff „Mafafka“ mit seinen mächtigen weißen Schiffsseilen, steil, mastlos, ohne Schornsteine, mit rotem, von den tropischen Meeren verwittertem Kiel, lag.

Und drüben, auf der Amagerseite, lag der alte Hafen, der nie vergehen wird: Das Lager der Flotte, die alten Christianshavner Gräben. Ueber die Hönsebrücke kam gerade

eine Abteilung in Dreifachdecker Matrosen. Dahinter lagen eisgraue Panzerschiffe und die kohlschwarzen abgedankten, von geteerten Dächern überdeckten Korvetten. Auf dem Holm stand die alte Wache mit ihrer gekrönten Spitze und dem gemauerten Turm mit seinem Kupferhut. Die Bastionen der Sixtus-Batterie zeigten ihre Wälle in der Ferne.

Hier, in diesem schmalen Hafensattel, wo der Lang die sich wiegenden Bojen einhüllte, war einmal vor vier Jahrhunderten „Gammelboddyb“ gewesen, hier fuhren die Schmaden vom Hafen der Raussteute aus und ein, mit Springen von Ständer beladen — mit Ochsenhäuten um ihre Spanten und Eisenhaut um ihren Steven. Später ankeren Ostindienfahrer hier bei der Sankt-Anna-Brücke mit Indigo, Safran und Seife im Raum. Drüben lagen noch die gewaltigen Badhäuser Grönlands und Trankebars, die morschen Bollwerke der alten Trankocherei und die gelben, ziegelgedeckten Buden der großen privilegierten Kompagnien, die in den Tagen des Absolutismus und des Empirhandels blühten. Und noch lagen hier die Schiffe der dänischen Handelsflotte und warteten auf Frachten und neue Kufftigszeiten, hier lagen die Schiffe der beiden mächtigen Gesellschaften, die — bevor der Krieg Vernichtung über die Länder und Oede über die Meere brachte — die Flagge der Nation von Siam bis Panama gezeigt hatten. Von hier sollten die Flotten wiederum ausfahren. Wo immer in der weiten Welt sie waren, in diesem Hafen sollten sie ihr Heim haben.

Die Hämmer dröhnten schon von den erwachenden Werften. Blumenrost stob vor der frischen Brise von den Ranken um Deck und Masten. Er dachte, daß ihm sicher das Glück beistehen würde. Ihm war, als hätte er seinen Mastot, sein Glück hier neben sich! Ihre Schulter berührte nicht mehr die seine, aber er spürte ihre Nähe in dem wogenden Duft, in dem frischen Morgen, der sie beide vereinte. Sie war selbst wie dieser Hafen, diese blühende, aus dem Meere getauchte Stadt — so war sie einst zu ihm gekommen, aufrecht durch Regen und Sonne, mach und jung. — — —

Ein Schoner zog mit puffendem Rotor vorbei, bald würden sie in Scharen kommen, die kleinen, von Gemüse und Obst schwelenden Fahrzeuge von Marstal und Thurd. Sie kamen von den dänischen Inseln, die blühend, durch blaue Sunde getrennt, auf der blanken See schwammen. Auch Kopenhagen war ein schwimmender Garten mit seinen Rajenplätzen und Parks, seinen uralten Alleen und grünen Bastionen. Von diesem Hafen aus gingen seit Jahrhunderten die Flotten weit über die Welt mit dem, was der Boden des Landes hervorbrachte.

(Fortsetzung folgt.)



# Hermes über die Steuervorlagen.

Nach dem Reichstanzler nimmt in der gestrigen Reichstags-Sitzung zur Begründung der Steuervorlagen das Wort

## Reichsfinanzminister Dr. Hermes

zählt zunächst die verschiedenen Gesekentwürfe auf, die dem Reichstago zugegangen sind, und fährt dann fort: Außerdem sind entscheidende Maßregeln auf dem Gebiet des Tarifwesens bei den Reichsbahnen und bei der Reichspost in Vorbereitung. Auf steuerlichem Gebiet wird weiter ein Entwurf zur Abänderung des Vermögens- und des Erbschaftsteuergesetzes sowie zur Erhöhung der Umsatzsteuer demnächst vom Reichsministerium beschlossen werden. Auf dem Gebiete der Einkommensteuer sind die Arbeiten zur Anpassung an die veränderten Verhältnisse im vollen Gange. Die Finanzen sind unzweifelhaft in einem schreckenerregenden Zustande, wie noch nie seit Beendigung des Krieges. (Gelächter und Juraus bei den Kommunisten: „Das haben Sie auch schon gemerkt!“)

Die Gesamtausgaben des Reiches betrugen im März 3,8 Milliarden, im April 2,8, im Mai 3,9, im Juni 14,5, im Juli 37 Milliarden. Hieron waren durch Einnahmen gedeckt im März 21 Proz., im April 35%, im Mai rund 53 und im Juni 19 Proz. Nach Ausschreibung der Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen und der Kosten der Ruhrabwehr und der Durchführung des Friedensvertrages waren gedeckt im März 58 Proz., im April 83, im Mai 100 und im Juni 42 Proz. der Ausgaben. Die schwebende Schuld des Reiches hat sich unter dem Zwang dieser Verhältnisse seit dem 11. Januar von 1,6 Milliarden bis zum 4. August auf 69,6 Milliarden vermehrt. Abgesehen von der Ruhrabwehr und den notwendigen Besoldungen lassen sich besonders die Reichsbetriebe und die Ausführung des Vertrages von Versailles die Ausgaben Seite so außerordentlich stark anschwellen.

## Die Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung.

bei denen ich zurzeit das Extraordinarium noch nicht besonders rechnen kann, sind durch die Einnahmen jetzt ebenfalls nicht mehr gedeckt, der Mangel an Deckung erreicht aber hier kein Maß, das als unheilvoll angesehen werden müßte. Wenn eine gewisse Ruhepause in der Abwärtsbewegung der Markt eintritt, wenn auch die Finanzen des Reiches stets nahe daran, ins Gleichgewicht zu kommen. Immer wieder aber treten Ereignisse ein, die alle Bemühungen zur Ausgleichung des Haushaltes vereiteln. Auch die letzte ungeheure Entwicklung hat ihre Ursachen nicht im Inlande, sondern im Auslande. Noch niemals seit dem Vertrag von Versailles sind Eingriffe in die deutsche Hoheit, das deutsche Finanzwesen und die deutsche Wirtschaft in einem so unerhörten Maße vorgenommen worden, wie seit dem letzten halben Jahre im Westen des Reiches. Das Reich hat bisher alles versucht, um seinen Verpflichtungen nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit nachzukommen. Diese Versuche waren von finanziellen Anstrengungen begleitet, die ihre Wirkungen auf das Wirtschaftsleben und die Lebenshaltung des einzelnen nicht verfehlten. Wenn allein Bemühungen dennoch der Erlös verjagt blieb, so lag dies einerseits daran, daß das Maß der Leistungen, die von uns verlangt werden, in keinem Verhältnis zu unserer Leistungsfähigkeit steht, und daß andererseits unsere Leistungsfähigkeit durch die außenpolitischen Verhältnisse, namentlich die unvorstellbare Haltung Frankreichs von Tag zu Tag vermindert wird.

## Durch die Absperzung des Rhein- und Ruhrgebietes

sind auch der Wirtschaft des unbefestigten Gebiets Feßeln angelegt, die ihre Rückwirkung auf die Reichseinnahmen üben. Die Gewalttätigkeit im besetzten Gebiet brachte dort die Gütererzeugung zum Stillstand und wirkte zugleich lähmend auf die Wirtschaft im unbefestigten Gebiet in der ausgesprochenen Absicht Frankreichs, hierdurch dem Reich seinen politischen Willen aufzuzwingen. Wenn trotz der ungeheuren Schäden und der brutalen Gewalt das Wirtschaftsleben des gesunden Reiches noch in Gang gehalten werden konnte, so ist das ein Zeichen für die Enschlossenheit des deutschen Volkes, sein Recht und seine Freiheit zu verteidigen. (Beifall.) Aber die unaushaltbar rosene Abwärtsbewegung der Markt hat auch die Preise im unbefestigten Deutschland ins Ungemessene gesteigert.

Der Minister wendet sich dann den einzelnen Kapiteln der Ausgabenwirtschaft zu. Bei der Ruhrabwehr mußten im wesentlichen diejenigen Erwerbskreise unterstützt werden, auf welchen die Last des Kampfes in erster Linie ruht. Das Schwindeln der Absatzmöglichkeiten machte die Erschließung von Krediten für die Industrie zum Zwecke der Aufrechterhaltung und Fortführung ihrer Betriebe notwendig. Dabei wurde darauf Bedacht genommen, zu verhindern, daß durch Papiermarktkredite bei einer weiteren Entwertung der Markt den Beteiligten ein ungerechtfertigter Vorteil zu Lasten des Reiches entstehen könnte. Wie im Kontrollauschuss des Reichstags im einzelnen dargelegt worden ist, sind die Kredite grundsätzlich in wertbeständiger Form gegeben worden. Auch durch den neuen Entwurf über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr kann eine vollständige Deckung der Schäden des Ruhrereignisses nicht erzielt werden. Bei den Eisenbahnen ist durch die Besetzung ein besonders hoher Anstieg der Einnahmen zu verzeichnen. Diese Verwaltung hat daher besonders große Anforderungen an die Reichskasse gestellt. Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die Geldentwertung hatte namentlich

## bei Post und Eisenbahn

sprunghaft aufeinander folgende Erhöhungen der Personen- und Sachausgaben zur Folge. Trotzdem würde die Reichsbahn im Rechnungsjahr 1922 die laufenden Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt haben, wenn nicht der Ruhrereignis erfolgt wäre. (Hört, hört!) Der Fehlbetrag stellt sich trotzdem nach vorläufiger Feststellung nur auf etwa 370 Milliarden. Auch für 1923 muß mit einem Fehlbetrag gerechnet werden. Bedenklich wird durch äußerste Sparsamkeit und Tarifmaßnahmen Vorsorge getroffen werden, daß die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes nach Möglichkeit durch Einnahmen gedeckt werden. Die Reichspost konnte sich mit ihren Bedarfsplänen der zunehmenden Geldentwertung nicht schnell genug anpassen, weil sie an die Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften gebunden ist und die Tarifserhöhungen einen Verkehrsrückgang zur Folge hatten. Sie hatte 1922 einen Fehlbetrag von rund 200 Milliarden. Für 1923 rechnete man mit einer Million Fehlbetrag, der bei stetigen Wirtschaftsverhältnissen allmählich hätte abgedeckt werden können. Die seit April in besonderem Maße eingetretene Geldentwertung hat jedoch den Fehlbetrag wesentlich erhöht. Seine Abmilderung wird durch weitere energische Einschränkung der Ausgaben und durch Tarifserhöhungen erstrebt, deren nächste am 1. September erfolgen soll.

Um die unerläßliche schnellere Anpassung der Einnahmen an die Geldentwertung zu erreichen, sollen auf meine Anregung die Tarife der Eisenbahn und Post auf wertbeständiger Grundlage aufgebaut werden in der Weise, daß für die Tarife feste Grundzahlen bestimmt und diese mit einer der jeweiligen Wirtschaftslage entsprechenden Schlüsselzahl vervielfacht werden. Die Verhandlungen hierüber sind in vollem Gange, sie stehen vor dem Abschluß; die neuen Maßnahmen sollen bei der Reichsbahn mit dem 1. September, bei der Reichspost mit dem 15. September eingeführt werden. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes der Reichsbahn und der Posten sind auf das äußerste eingeschränkt; die ziffernmäßige Erhöhung der Geldbeträge ist lediglich durch die Geldentwertung bedingt. In seiner gegenwärtigen furchtbaren Lage ist das Reich noch gezwungen, gewaltige Anforderungen

## für die Ausführung des Friedensvertrages

zu machen. Während der Dauer der Ruhrbesetzung sind bis zum 20. Juli hierfür fast 6 Billionen Mark im Reichshaushalt aufgebracht worden, darunter für Reparationszahlungen 27 Milliarden, für Lieferung von Kohlen, Reis und Nebenprodukten, hauptsächlich an

Italien, 227 Milliarden, für Viehlieferungen 164 Milliarden, Wiederaufbaulieferungen 2297 Milliarden, Ablieferung von Schiffen 290 Milliarden, englische Sanktionsabgabe 1000 Milliarden, Besoldungskosten und Interalliierte Kommissionen 524 Milliarden. Die durch diese 6 Billionen Papiermark bewirkten Lieferungen und Leistungen stellen folgende Goldmarkwerte dar: Die am Ruhrereignis nicht beteiligten Staaten haben vom 1. Januar bis 31. Juli 1923 Sachleistungen im Werte von rund 270 Millionen Goldmark erhalten, dazu treten 238 Millionen Goldmark, die zur Einlösung der auf Grund des Beschlusses der Reparationskommission vom 31. August 1922 an Belgien begebenen Schatzwechsel in bar bezahlt worden sind. Es kann vor der Welt nicht laut und deutlich genug betont werden, daß das von Frankreich überhöhet vergrößerte Deutschland neben seinen allgemeinen großen Opfern noch derart gewaltige Reparationsleistungen bewirkt hat. Zu der Vermehrung der schwebenden Schuld zwischen dem 11. Januar und dem 31. Juli hat also die Ausführung des Versailles Vertrages sehr wesentlich beigetragen.

## Was

## die Vermehrung der Einnahmen

betrifft, so steht unter den neuen Vorlagen in erster Linie der Entwurf eines Gesetzes für das Opfer für Rhein und Ruhr. Dieser Entwurf will vor allem die leistungsfähigen Steuerpflichtigen in großem Umfange auf Grund der Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen heranziehen. Nebenher geht auf die Einzelheiten des Entwurfs ein. Das finanzielle Ergebnis des Rhein- und Ruhrereignisses wird sich erst auf Grund der Ausführenden Verhandlungen genauer übersehen lassen. Auf alle Fälle wird es sich um gewaltige Billionenbeträge handeln.

## Der Entwurf über

## Abänderung einzelner Verbrauchsteuergesetze

will die Biersteuer, die nach den vom Reichstag zuletzt beschlossenen Sätzen, gemessen an den Brauereipreisen vom 15. Juni 1923 2,8 bis 3,7 Proz. beträgt, gegenüber einer Vorkriegsbelastung von 13,6 Prozent auf die Höhe bringen, wie sie 1918 geplant war, nämlich auf 20 Prozent der Brauereipreise. Diese Belastung muß erreicht werden und ist bei der Wichtigkeit, mit der heute Bierpreiserhöhungen gefordert und gezahlt werden, auch tragbar. Der Ertrag dieser Biersteuer kann auf 6,6 Billionen geschätzt werden. Das Mineralwassersteuergesetz soll aufgehoben werden. Neben der Erhöhung der Biersteuer sollen bei den Verbrauchssteuern Bier, Zündwaren, Leuchtmittel, Spielkarten, Salz, Zucker, und Kohlensteuern die Fälligkeitstermine wesentlich gekürzt werden. Eine ähnliche Regelung wird bei dem Weinsteuergesetz zum Herbst dieses Jahres erfolgen müssen; außerdem werde ich wegen der Beseitigung des Zahlungsaufschubs und der Festlegung entsprechender Fristen für die Tabaksteuer Vorschläge machen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Tabaksteuer unter grundsätzlicher Beibehaltung des Bandrolensystems eine Änderung dahin erfahren müssen, daß die Raucher befreit werden, die dem Kleinhandel aus der infolge der Geldentwertung notwendig werdenden Nachsteuerung erwachsen. Das Steuergesetz endlich wird die Möglichkeit schaffen, daß sowohl die Verzugszinsen für Zahlungsaufschub und Stundung als die Zuschläge für verspätete Zahlungen der Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens-, Erbschafts- und Umsatzsteuer jeweils vom Finanzminister nach der Geldentwertung festgesetzt werden können. Neben diesen Maßnahmen wird in den morgigen Ausschussberatungen zu prüfen sein, ob nicht noch andere schneidende und ergiebige Steuererhöhungen erschlossen werden können. Schließlich bleibt noch die Neuregelung der Vermögens-, Erbschafts-, Einkommen- und Körperschaftsteuer. Bezüglich der Vermögenssteuer müssen für die Bewertung der Veranlagung, solange die schwankenden Verhältnisse andauern, die tatsächlichen Verhältnisse am Stichtage zugrunde gelegt werden. Weiter wird die nächste Veranlagung für die Vermögenssteuer bereits im Jahre 1924 auf Grund des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1923 erfolgen müssen, da die letzte Veranlagung nach dem Stande vom 31. Dezember 1922 wegen der Unzulänglichkeit der Bewertungsregeln und wegen der inzwischen eingetretenen Geldentwertung unmöglich für eine Steuerleistung von drei Jahren gelten kann. Bei der Erbschaftsteuer sollen die Bewertungsregeln nach den tatsächlichen Verhältnissen am Tage des Eintritts der Steuerpflicht nach den Vorschriften des Vermögenssteuergesetzes gelten. Außerdem wird der Tarif des Erbschaftsteuergesetzes beweglich gestellt werden müssen. Der Entwurf zur Abänderung des Vermögens- und des Erbschaftsteuergesetzes liegt dem Reichsministerium bereits vor und wird von ihm in den nächsten Tagen verabschiedet werden. Ich werde ferner im Herbst einen Gesekentwurf wegen Änderung des Einkommensteuergesetzes vorlegen, bei dem auch die sonstigen grundlegenden Fragen, insbesondere die

## Einführung der Goldrechnung, der Goldbilanz und des Goldtarifs

eingehend geprüft und erörtert werden. Die Frage der Goldbilanz und der Goldrechnung spielt seit längerer Zeit bei der rasend fortschreitenden Verschlechterung der Markt eine große Rolle. Ich kann durchaus verstehen, wenn die Entwicklung der letzten Tage den Wunsch allgemein werden läßt, daß neben der Papiermark, dem geltenden Zahlungsmittel, eine feste Rechnungseinheit auf einer Art Goldbasis geschaffen wird, die es ermöglicht, Klarheit in die Vermögens-, Betriebs- und Einkommensverhältnisse zu bringen. Um Irrtümern vorzubeugen, möchte ich betonen, daß es sich dabei nicht etwa um eine Änderung unserer Währung, sondern nur darum handeln kann, die Arbeit an der Wiederherstellung der Goldbasis für unsere Währung nach besten Kräften zu versuchen. Die Einführung einer Festmark hat damit nichts zu tun. Die Festmark kann lediglich einen neuen Maßstab für den Wertinhalt der Geldschulden und der in Geld feststehenden regelmäßigen Leistungen schaffen. Da die Frage der ersten Prüfung wert ist, habe ich hervorragende Sachverständige berufen. Zunächst hat sich aus deren Erörterungen die Notwendigkeit ergeben, durch Gutachten von Wissenschaftlern und Praktikern

## die Möglichkeit der Durchführung der Festmarkrechnung in der kaufmännischen Buchführung

und damit die Aufstellung einer reinen Festmarkbilanz feststellen zu lassen. Ueber den Wert und die Wirkung der Festmarkrechnung namentlich auf steuerlichem Gebiet gingen die Meinungen der Sachverständigen auch noch erheblich auseinander. Nach Durchführung aller von mir vorgebrachten Maßnahmen werden die Forderungen an die Wertbeständigkeit von Steuern bereits weitgehend erfüllt sein. Seit langem wird die Forderung nach einer grundlegenden Steuerreform erhoben. Sie ist berechtigt, wenn es sich darum handelt, unser Steuerwesen, das gewiß nicht ideal und wohl verbesserungsbedürftig ist, auf fester Grundlage und auf weite Sicht zu ordnen. Aber bei Verhältnissen, wie wir sie heute haben, kann es sich in erster Linie nur darum handeln, mit den vorhandenen Mitteln und mit dem vorhandenen System oder im engsten Anschluß daran den Geldbedarf des Reiches so rasch und so einfach wie möglich zu decken, und zwar so, daß dabei die Leistungsfähigkeit des einzelnen im großen ganzen berücksichtigt wird. Sobald aber die

## Neuregelung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden

in Angriff genommen werden. Die Reichssteuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden stellen nur einen Bruchteil der Beträge dar, die den Ländern und Gemeinden als Zuschüsse zu den Besoldungen ihrer Beamten und Angestellten überwiesen werden.

Die Last der Besoldungszuschüsse erhöht nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz durch die Einbeziehung der Geistlichen und Kirchenbeamten, durch die Zuschusspflicht des Reiches

gegenüber den nichtstaatlichen und nichtkommunalen Anstalten, die Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege und des öffentlichen Bildungswesens erfüllen, eine wesentliche Vermehrung. Dazu kommen die Beiträge, die die Länder für Ausgaben erhalten, die von jeder eigentliche Landesaufgabe waren: Auf dem Gebiete der Polizei, auf sozialpolitischem, auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Dazu sind die Länder durch die Darlehen des Reiches zur Behebung der Zahlungsschwierigkeiten ihrer Gemeinden und Kreismunicipalitäten in wachsender Verschuldung gegenüber dem Reich geraten. Diese Räte sind so groß und die Verstrickung zwischen Reich, Ländern und Gemeindefinanzen ist so eng geworden, daß das Reich allein mit seiner Gesetzgebung nicht helfen kann. Auch Länder und Gemeinden müssen alles aufbieten, um zwischen ihren Einnahmen und Ausgaben ein erträgliches Verhältnis herzustellen. Wenn auch die Länder sich nicht von der Finanzhilfe des Reiches unabhängig machen und ihre Ausgaben nicht ohne Reichszuschüsse lösen können, so bedarf es in den Ländern doch sorgfältiger Prüfung, ob eine stärkere Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen möglich und eine größere finanzielle Selbstständigkeit erzielbar ist. Jede Maßnahme, die ein Land trifft, um die ihm überlassenen Steuern voll auszunutzen, um die Verwaltung seines Eigentums, seiner Forsten, Domänen, Bergwerke und sonstigen Betriebe rentabler zu gestalten, verringert die Anspruchnahme des Reiches und kommt dadurch dem Reichsganzen zugute. Um zu solchen Maßnahmen anzureizen, wird es Aufgabe des neuen Finanzausgleichs sein müssen,

## den Ländern und Gemeinden ein größeres Selbstbestimmungsrecht

auf dem Gebiete der Einnahmen zuzubilligen, als sie heute besitzen.

Die Wirkung der zur Beschaffung des Reichstages vorgelegten Steuergesetze kann nicht auf allen Gebieten sofort eintreten. Auch kann durch Steuern allein der Kampf nicht finanziert werden. Da wir aber die schwebende Schuld nicht so weiter wachsen lassen dürfen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, erneut an den Anleihemarkt heranzutreten. Wir haben das zuletzt getan, als wir die dreijährigen Dollarobligationen auflegten, welche die Garantie der Reichsbank waren. Da eine Beibehaltung dieses Typs mit Rücksicht auf die Reichsbank nicht in Frage kommen kann, habe ich mich im Einvernehmen mit der Reichsregierung entschlossen, an den Anleihemarkt mit

## Schatzanweisungen

heranzutreten, die eine zwölfjährige Laufzeit besitzen und die gleiche Verzinsung wie die Dollarobligationen haben. Auch diese Schatzanweisungen sind wertbeständig, 4,20 Proz. sind gleich 1 amerikanischen Dollar; eine Einzahlung in Devisen wird nicht verlangt, aber durch den Ausgabebetrag wird die Einzahlung von Devisen begünstigt. In dem Gesetz über die Sicherung und steuerliche Behandlung einer wertbeständigen Anleihe des Reiches würden die bisherigen Maßnahmen vorgelegt, welche eine solche Schatzwechselanleihe bis zum Betrage von 500 Millionen Mark Gold in ganz besonderer Weise sichern und begünstigen soll, sichern durch Ermächtigung der Reichsregierung, für die Deckung des Zinsendienstes Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Wenn 500 Millionen Mark Gold gezeichnet werden, und zwar nur in den Sätzen von 42 Mark Gold und darüber, so würde dies einen jährlichen Aufwand von 30 Millionen Mark Gold erfordern. Nach der Ausschüttung, die die Vermögenssteuer erfordern soll, ist der Zuschlag tragbar. Die Sicherung für die Rückzahlung des Kapitals besteht darin, daß auch für diesen Zweck Zuschläge zur Vermögenssteuer erhoben werden können. Die Begünstigung der neuen Schatzanweisungsanleihe besteht in der Befreiung von der Börsenumsatzsteuer und von der Erbschaftsteuer. Die Befreiung von der Erbschaftsteuer ist auf die selbstgezeichneten Stücke beschränkt, so wird der laienmäßigen Anlegung von Kapital bedeutenden Vorschub leisten. Die Befreiung von der Börsenumsatzsteuer wird dazu beitragen, daß Betriebskapitalien leicht und ohne jeden Nachteil in diesem Papier angelegt und vor Entwertung geschützt werden können. Versuche, eine Wertbeständigkeit durch Begründung auf Getreide, Rohle, Kautschuk und anderen Wertgegenständen zu schaffen, sind im Publikum im allgemeinen mit großem Interesse aufgenommen worden. Das Reich muß heute dem allgemeinen Bedürfnis nach einem solchen Anlagepapier entsprechen, wenn es überhaupt an den Kapitalmarkt herantritt. Das Problem läßt sich mit raschen Bewaltigungsmaßnahmen nicht lösen. Die Markt kann ihrer Funktion als Wertmesser ohne weiteres entkleidet werden.

Es muß aber umfassend dafür gesorgt werden, daß die Bereicherung von Kreditnehmern, welche bisher in erschreckendem Maße mit der Aufnahme von Papiermarktkrediten verbunden war, ihre Ende finde.

Damit hat sich die Reichsbank bereits, wenn sie auch das Diskontieren des als Zahlungsmittel umlaufenden Warenwechsels noch nicht aufheben kann, entschlossen, wo die Forderung wertbeständiger Kredite angängig ist, die Sicherung der Wertbeständigkeit ihrer Kredite zu fordern. Die gleiche Maßnahme wird von den Darlehnsstellen, abgesehen vom Kleinverkehr, überall da durchgeführt, wo der Kredit auf Grund von wertbeständigen Büchern nachgefragt wird. So wird die Geschäftswelt und das Publikum immer stärker wertbeständige Anleihen brauchen. Diesem Bedürfnis sollen die neuen Schatzanweisungen entsprechen.

Im einen sicheren Ueberblick über die spätere Gestaltung der Reichsfinanzen zu gewinnen, ist es von besonderer Wichtigkeit, das wahre Gesicht unseres Haushaltes zu erkennen, das heute durch den Schleier der Papiermark verhüllt ist, und dabei festzustellen, auf welchen Ausgaben wir in erster Währung zu rechnen haben und auf welche Erträge wir auf anderer Seite rechnen können. Diese Untersuchungen, die außerordentlich schwierig und zeitraubend sind, sind in meinem Ministerium im vollen Gange und stehen vor dem Abschluß.

Soweit sich das Bild heute kennzeichnet, ist es nicht hoffnungslos.

An der Möglichkeit einer inneren Gesundung brauchen wir nicht zu verzweifeln. Allerdings wird ein großes Maß von Entschlußkraft der Reichsregierung und des Reichstages dazu gehören, um zum Ziele zu gelangen. Aber die Beschlüsse müssen und werden gefaßt werden. Inzwischen müssen wir der Welt täglich beweisen, daß wir aus eigener Kraft das Letzte zu unserer Erhaltung herzugeben entschlossen sind. Und ich bitte Sie daher im Namen der Reichsregierung, ohne Verzug an die Regelung der Ihnen unterbreiteten Finanzvorlagen zu gehen. (Beifall.)

Präsident Lohde teilt mit, daß nach einem Beschluß des Vorkommensrats die Aussprache über die Regierungserklärung morgen beginnen soll.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung, die Debatte sofort zu beginnen, damit die unerhörte Rede des unfähigen Reichstanzlers (Unruhe rechts) nicht einen Tag ohne Widerspruch ins Land gehe. Arbeiterdelegationen der Berliner Großbetriebe hätten diese Forderung an den Reichstag gerichtet. In diesen Betrieben sei schon passive Resistenz proklamiert worden, um Unkos Rücktritt zu erzwingen. (Gelächter.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Kommunisten haben heute im Kellertal der Vertagung der Aussprache zugestimmt. (Auf bei den Komm.: Da wußten wir noch nicht, daß Unso solch unmögliche Zeug quasseln würde!) Dann haben Sie also von diesem Sozialmann eine Rede erwartet, die Ihnen gefallen würde! (Gelächter.) Wenn der Reichstag nach dieser Begründung dem Antrag der Kommunisten zustimmen würde, so wäre das die Abtötung des Parlaments. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Antrag Koenen wird abgelehnt. Um 16 Uhr Vertagung auf Donnerstag 2 Uhr (Aussprache über die Regierungserklärung).

